Herausgegeben von AK und ÖGB AUSGABE 08/2022, 76. Jahrgang € 2,50 **www.arbeit-wirtschaft.at**

Arbeit&Wirtschaft

Wohlstand der Dinge

Damit ein sozial gerechtes Leben in Wohlstand für alle Zukunft hat, braucht es Veränderungen mit Mut, Gestaltungswillen und Kraft. Gemeinsam schaffen wir das.

Wie geht's? / 6
Der neue Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Wien

So geht's nicht! / 20
Warum neoliberale Wirtschaftspolitik Angst macht

#8

EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
GABRIELE FERNBACH LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe
Sonja Adler, Christian Domke Seidel, Alexander Foggensteiner, Silvia Hruška-Frank, Thomas Jarmer, Simon Krackowizer, Michael Landau, Stefan Mayer, Brigitte Pellar, Melanie Stranski, Eva Winterer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee
www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber
Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22,
und Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller
Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudörfl, Bickfordstraße 21
Verlagsort Wien
Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung
Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,– (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,– Porto
Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,– (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492
Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jede:r Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen

Die Reportage ab **Seite 26** führte unseren Autor **Alexander Foggensteiner** diesmal nach Oberösterreich in einen metallverarbeitenden Betrieb. Die Arbeiter:innen und die engagierte Betriebsrätin erzählten ihm, wie sie in ihrem Alltag mit den Teuerungen umgehen.

Ein intensives Gespräch für das Interview ab **Seite 20** zu Angstmacherei, Macht und einer Wirtschaftspolitik der Hoffnung führte **Eva Winterer** mit den Buchautoren Markus Marterbauer und Martin Schürz im großen Konferenzsaal der Arbeiterkammer Wien.

Die Macht der Verhältnisse

EVA WINTERER
CHEFIN VOM DIENST

Verteilungsgerechtigkeit, nachhaltiger Erhalt und Ausbau des Sozialstaats sowie die Vereinbarkeit von Klima, Arbeit und Wirtschaft sind für rund 70 Prozent besonders wichtige politische Themen, so das Ergebnis einer aktuellen Umfrage unter sozial und solidarisch eingestellten Befragten.

Entscheidend für die Umsetzbarkeit sind die Machtverhältnisse und für wen diese genutzt werden – für die vielen oder die wenigen, für die Arbeitenden oder die Vermögenden. Ganz besonders jetzt, da das wirtschaftsliberale Modell sichtbar an seine Grenzen stößt und die soziale Schieflage noch verstärkt, ist eine verteilungsgerechte Wirtschaftspolitik relevanter denn je.

Markus Marterbauer und Martin Schürz präsentieren im Interview ihr Modell einer angstbefreiten Wirtschaftspolitik der Hoffnung. Zentral ist die Einführung solidarischer Unter- und Obergrenzen zur Stärkung des Sozialstaats und der Demokratie. Ein erster Schritt sei, den Menschen wieder zuzuhören. Denn das aktuelle Wirtschaftssystem bewirkt Vereinzelung und lässt viele Stimmen aus einem Gefühl von Ohnmacht und Angst verstummen.

Die Auswirkungen der Inflation und der Energiekrise sind bei den Beschäftigten angekommen. Betriebsrät:innen erzählen in dieser Ausgabe, wie prekär die Situation für viele tatsächlich bereits ist. Fragen, ob man sich den Job überhaupt noch leisten kann, sind nicht ungewöhnlich. Gleichzeitig bringen Wirtschaftsforscher die soziale Schieflage mit ihrer Prognose, dass Unternehmensgewinne heuer kräftig steigen werden, auf den Punkt.

Noch eine Prognose: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf wird auch 2022 steigen. Der Haken – es ist ein Durchschnittswert. Er misst nur die Wirtschaftsleistung und sagt nichts über Einkommensgerechtigkeit und tatsächliche Vermögensverteilung aus. Der soeben veröffentlichte Wohlstandsbericht 2022 definiert den Wohlstand breiter und umfasst zusätzlich etwa Bildung, Lebensqualität, Arbeitszeit sowie Umweltfaktoren. Das Ergebnis hier ist: Der Wohlstand erleidet einen Rückschritt.

Daher zwei grundlegende Fragen zum Schluss. Ist das wirtschaftsliberale System ein nicht veränderbarer Naturzustand? Aus meiner persönlichen Sicht, nein. Es ist veränderbar. Was es dazu braucht? Hoffnung, Mut zu handeln sowie Klarheit in der Politik und Sprache – für die vielen. Diese Ausgabe zeigt Lösungsansätze dafür. ◗

Inhalt

VERZICHT AUF 10,5 MILLIARDEN EURO?

17 Die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der österreichischen Fiskalpolitik: Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts, rechnet nach, auf wie viel Steuergeld der Finanzminister trotz Teuerungskrise bereit ist zu verzichten.

PLÖTZLICH WAR DAS GELD WEG!

26 Metaller:innen verdienen vergleichsweise gut. Doch auch sie spüren die Folgen der Teuerung dramatisch. Besonders betroffen sind Arbeiter:innen mit Kindern, Alleinerziehende und Pendler:innen. Arbeitsalltags-Impressionen aus einem Betrieb in Oberösterreich.

TEILEN STATT AUSEINANDERDIVIDIEREN

30 Wenn sich immer mehr Arbeitnehmer:innen die Frage stellen, ob sie sich den Job noch leisten können und wie viel der Politik und den Unternehmen ihre Arbeit wert ist, dann läuft etwas gewaltig schief. Dabei gebe es doch so einiges gerecht zu verteilen.

Zukunft ist veränderbar 6
Über Wohlstandsperspektiven in Österreich

Warum messen Sie die Krise in Metern? 11
Die „große Frage" beantwortet Michael Landau

Immer auf die Kleinen 12
Damit es nicht die Schwächsten trifft

Die Inflation gibt Gas 14
Müssen Wohlstandsverlust und Rezession sein?

Attacke auf die Gewinnmargen? 18
Angst vor Gewerkschaften – eine Bestandsaufnahme.

Eine Wirtschaftspolitik der Hoffnung 20
Interview mit Markus Marterbauer und Martin Schürz

Krise der Verteilungsgerechtigkeit 24
Über Gewinner:innen und Verlierer:innen

Einen schlechten Job gemacht 26
Gegen Arbeitskräftemangel hilft kein Klagen

Wer zahlt, schafft an! 34
Über die Harmonie von Reichtum und politischen Einfluss

Zuckerbrot und Peitsche 36
Wird Work-Life-Balance immer wichtiger? Jein.

Öffentliche Beschaffung – sozial und ökologisch 39
Ein Beitrag aus dem A&W Blog

Reichhaltiges Österreich 40
Vererbt werden Bildung, Vermögen und Wohlstand

Wie sozial ist Mobilität? 42
Mobilität hat immer ihren Preis

Eine Frage der Macht 44
Thomas Piketty, die Ideologie des Kapitals und der Sozialstaat

Die soziale Frage spitzt sich zu 46
Das letzte Wort hat Silvia Hruška-Frank

Wissen mit Mehrwert: Anti-Teuerung

Die Teuerung belastet aktuell viele Haushalte in Österreich und mittlerweile nicht mehr nur jene, die ohnehin von Armut bedroht sind. Wichtig bei steigenden Preisen ist, dass der Alltag der Menschen finanzierbar bleibt, insbesondere wenn es um Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wohnraum, Energie oder Mobilität geht. Und es ist die Aufgabe des Staates für Preisstabilität zu sorgen. Das Thema Inflation wird uns noch eine Weile stark beschäftigen. Daher setzt A&W einen Online-Schwerpunkt in der Rubrik „Anti-Teuerung" – gebündelt und aktuell. arbeit-wirtschaft.at/inflation

JETZT ONLINE LESEN

Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf: Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere unseren wöchentlichen Newsletter

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

/AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Zukunft ist veränderbar

Wie misst man Wohlstand? Während für viele Ökonom:innen noch immer die Wirtschaftsleistung einer Bevölkerung in einem Jahr zählt, legt die Arbeiterkammer Wien heuer nun schon zum fünften Mal den Wohlstandsbericht vor. Nur wenig ist besser, das meiste hat sich verschlechtert.

TEXT SIMON KRACKOWIZER

Wie geht es Österreich? Und wie geht es den Menschen in unserem Land? Gut, könnte man sagen. Weil die Wirtschaftsleistung, die in Form des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen wird, vergangenes Jahr bei 403,4 Milliarden Euro lag und laut Prognosen weiter steigt. Sie ist damit so hoch wie noch nie in unserer jüngeren Geschichte. Pro Kopf hat jede Österreicherin und jeder Österreicher im vergangenen Jahr 45.043 Euro erwirtschaftet.
Aber was sagen diese Zahlen aus? Wie viel die Menschen in Österreich verdient haben? Nein. Oder wie es den Menschen jetzt nach Corona und mitten in der größten Teuerungswelle seit 40 Jahren geht? Wie arm oder reich sie sind? Wie hoch ihr Wohlstand oder ihre Verschuldung ist?

Das BIP ist für all diese Dinge nur bedingt anwendbar, wenngleich es indirekt durchaus auch Bereiche erfasst, die das Leben lebenswert machen.

„Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht."

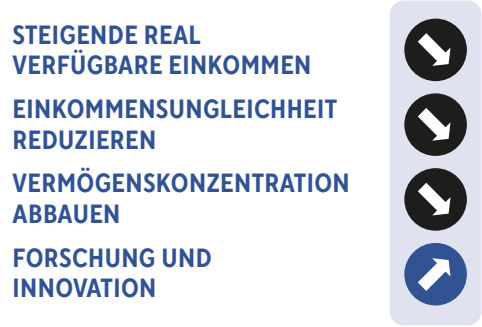
Robert Kennedy, 1968

Vorstoß des Statistikers

2012 machte in Österreich Konrad Pesendorfer einen bemerkenswerten Vorstoß. Der Geschäftsführer der Statistik Austria von 2010 bis 2019 geht einen wichtigen Schritt weiter. Er greift die Anregung der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi auf und liefert mit seinem Projekt „Wie geht's Österreich" mehr als nur die Zahl, die bis dato in Österreich im wirtschaftspolitischen Mittelpunkt stand. Er zeichnet damit vielmehr „ein umfassenderes Bild von Fortschritt und Wohlstand unserer Gesellschaft", wie er im November 2014 in einem Online-Chat auf derstandard.at schreibt. Er stellt dem Bruttoinlandsprodukt 30 Indikatoren zur Seite, die ein besseres Bild des Wohlstands in Österreich geben sollen, „weil der Fokus auf das Wirtschaftswachstum in jedem Fall zu kurz greift". Damit hat Pesendorfer „einen Anstoß zu einer über das BIP hinausreichenden nationalen Debatte über die Entwicklung und den Fortschritt der österreichischen Gesellschaft" gegeben.

Fair verteilter materieller Wohlstand Entwicklung im Vergleich zu 2018

Quelle: Wohlstandsbericht 2022



Pesendorfers Nachfolger Tobias Thomas, dem ein guter Draht zu Sebastian Kurz nachgesagt wurde, hat das Projekt „Wie geht's Österreich" 2021 zum letzten Mal präsentiert und es mit dem Relaunch der Homepage der Statistik Austria nun still und leise begraben.

Die Vergangenheit abbilden

Internationale Organisationen wie die OECD oder die europäische Statistikbehörde Eurostat machten hingegen weiter. Sie haben in den vergangenen Jahren Berichte präsentiert, die ebenfalls mehr als nur das BIP zum Inhalt haben: Der Better Life Index der OECD will – wie es auf der Startseite der Organisation heißt – „einen länderübergreifenden Vergleich des Wohlstands auf der Grundlage von elf Themen" ermöglichen, „die die OECD in den Bereichen materielle Lebensbedingungen und Lebensqualität als wesentlich eingestuft hat". Georg Feigl, Experte der Arbeiterkammer Wien: „Wenngleich der Bericht wertvolle Erkenntnisse liefert, so steht der Vergleich mit anderen Ländern zu sehr im Mittelpunkt. Dabei ist die eigentlich entscheidende Frage, ob gesellschaftlicher Fortschritt stattfindet oder nicht – und darauf gibt die OECD kaum eine Antwort." Und der Bericht sagt nichts über den tatsächlichen Wohlstand in Österreich aus. Besser ist der jährliche Bericht von Eurostat, mit dem die Behörde die SDGs, die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, untersucht und illustriert.

Doch diese Untersuchungen und Berichte haben eines gemeinsam: „Sie bilden die Vergangenheit ab", wie Tamara Premrov von der Arbeiterkammer Wien im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft sagt. „Was es jedoch braucht, um Wohlstand noch besser abzubilden, ist der Blick in die Zukunft."

„Das Ziel einer Angleichung der Gehälter von Frauen und Männern aus heutiger Sicht werden wir erst 2070 erreichen, sofern sich der Abstand jährlich nur um 0,4 Prozent verringert", so Tamara Premrov, AK Wien.

Der Wohlstandsbericht der AK

Genau das macht der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer (AK) Wien. „Er bezieht neben der Vergangenheit auch die Zukunft mit ein. Denn wir haben gesellschaftliche Ziele und die messen wir", sagt Georg Feigl, einer von 36 Studienautoren, und begründet das damit, dass „auch die Zukunft für die Wohlstandsmessung relevant ist. Denn die Vergangenheit können wir nicht mehr verändern, aber dafür die Zukunft", argumentiert er, zum Beispiel indem die Strompreisbildung reformiert wird oder die Bundesregierung eine Mietpreisbremse beschließt. Natürlich auch, indem neben diesen und weiteren kostendämpfenden Maßnahmen Beschäftigte faire Lohnerhöhungen bekommen und „wir einen armutsfesten Sozialstaat haben", wie AK-Präsidentin Renate Anderl in ihrem Vorwort zum Wohlstandsbericht betont.

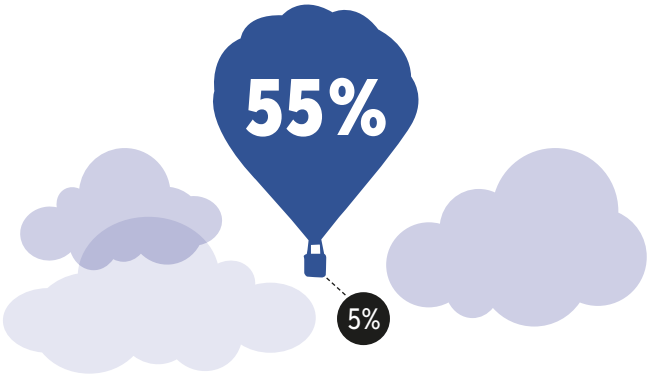
Daher fokussiert der jüngste Wohlstandsbericht, der am 5. Oktober 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, neben der Entwicklung der vergangenen drei Jahre auch das laufende und kommende Jahr und umfasst die Jahre 2018 bis 2023. Für den Wohlstandsbericht werden die fünf Ziele Vollbeschäftigung und gute Arbeit, fair verteilter ökonomischer Wohlstand, Lebensqualität, intakte Umwelt und ökonomische Stabilität beleuchtet. In Summe untersuchen die AK-Ökonom:innen die Entwicklung von 30 Teilzielen, also von den steigenden real verfügbaren Einkommen bis hin zur Preisstabilität.

„Die Teuerung trifft einkommensschwache Haushalte stärker; diese haben aber oftmals nicht genug Erspartes, um die Preissteigerungen abzufedern. Die Vermögenskonzentration spitzt sich zu."

Silvia Hruška-Frank, AK-Direktorin

Hohe Vermögenskonzentration in Österreich

Quelle: Berechnungen der Arbeiterkammer Wien, 2022



Die Vermögenskonzentration spitzt sich zu

Die jüngste Einschätzung der Expert:innen der Arbeiterkammer verheißt nichts Gutes. Im Rahmen einer Pressekonferenz anlässlich der Präsentation des Wohlstandsberichts 2022 sagte AK-Direktorin Silvia Hruška-Frank: „Energiekrise und Teuerung verschärfen die Vermögensungleichheit in Österreich. Die Teuerung trifft einkommensschwache Haushalte stärker; diese haben aber oftmals nicht genug Erspartes, um die Preissteigerungen abzufedern. Die Vermögenskonzentration spitzt sich zu." Fünf Prozent der Menschen

besitzen laut Hruška-Frank 55 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich, die Bevölkerungshälfte am unteren Ende der Einkommensverteilung besitzt hingegen nur drei Prozent. Hruška-Frank befürchtet durch die anhaltende Teuerung „Wohlstandsverluste. Das ist die objektiv messbare Verarmung der Bevölkerung durch die nachlassende Kaufkraft. Weitere Ursachen neben der Teuerung sind auch sinkende Reallöhne“ sowie die Verknappung und starke Verteuerung von Gütern wie Gas.

„Der Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Wien bezieht neben der Vergangenheit auch die Zukunft mit ein. Denn wir haben gesellschaftliche Ziele, und die messen wir.“

Georg Feigl, AK Wien

Wohlstandsrückgang im Detail

Im aktuellen Wohlstandsbericht wird der Rückgang des Wohlstands in Österreich durch die Teuerung besonders deutlich. Heuer wurden nur fünf der insgesamt 30 Indikatoren als positiv bewertet, vergangenes Jahr waren es noch zehn. „Zusammengefasst sehen wir mehr Rückschritte als Fortschritte“, sagt Hruška-Frank lapidar, „und dass wir in den kommenden Monaten auf Wohlstandsverluste zusteuern.“ Tobias Schweitzer, Bereichsleiter Wirtschaft in der AK Wien, erwartet, dass die ohnehin schon sehr hohe Vermögenskonzentration weiter zunehmen wird. Besonders einkommensschwache Haushalte leiden heftiger unter den „stark gestiegenen Preisen und Energiekosten“, wie der Ökonom ausführt. Er rechnet damit, dass viele Betroffene aufgrund der Teuerung ihr kaum vorhandenes Vermögen abbauen werden oder sich sogar verschulden, wodurch eine Zunahme der Armut in Österreich befürchtet wird.

Die AK-Spezialisten erwarten zwar, dass die anstehenden Kollektivvertragsabschlüsse einen Großteil der negativen Effekte der Teuerung auf die Haushaltseinkommen abfedern werden, die Schwächung der Wirtschaftsleistung wirkt sich aber weiterhin indirekt negativ aus, so Schweitzer. Denn durch die Inflation steigt der Druck auf Notenbanken, die Zinsen weiter anzuheben, was die Investitionstätigkeit und die Finanzmärkte belasten wird. Auch das drückt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die wirtschaftliche Schwächung und Verunsicherung werden dann wieder vor allem den Arbeitsmarkt und die Einkommen belasten. Er erwartet auch, dass sich die Verteilungskämpfe in den nächsten Monaten zuspitzen werden.

DIE ERFINDUNG DES BIP

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bildet die gesamte Wirtschaftskraft eines Landes in einer einzigen Zahl ab.

Im 17. Jahrhundert trug der Engländer William Petty (1623–1687) Zahlen zusammen, die den „Wert der Ländereien, der Menschen, der Gebäude“ eines jeden Landes erfassen sollten. Besonders interessierte er sich für Großbritannien, Frankreich und Holland. Petty versuchte nachzuweisen, dass England es aufgrund seiner Ressourcen in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht mit Frankreich und Holland aufnehmen konnte. Pettys Arithmetik gilt als der wichtigste historische Vorläufer des BIP. Seine Zahlen waren allerdings größtenteils erfunden.

Bis 1929 gab es Versuche, das Nationaleinkommen einzelner Staaten zu berechnen – ohne großen Erfolg. In der Weltwirtschaftskrise 1929 änderte sich das. Der britische Chemiker Colin Clark (1905–1989) war frustriert darüber, wie Ökonomen die Krise zu lösen versuchten – nämlich ohne volkswirtschaftliche Daten. Also schlug Clark 1932 erstmals vor, sich statistisch aus drei unterschiedlichen Perspektiven der Wirtschaft zu nähern. Er wollte wissen, wie viel in einer Volkswirtschaft produziert wird, wie viel konsumiert wird und wie Einkommen verteilt sind. So schuf er viele Grundlagen der BIP-Berechnung.

Fast zeitgleich beauftragte der US-Senat den Ökonomen Simon Kuznets, ein quantitatives Bild der Wirtschaftskrise zu ermitteln. Seine erste Berechnung der Wirtschaftsleistung der USA in den Jahren 1929–1932 zeigte, dass das Volkseinkommen der USA infolge der Weltwirtschaftskrise um die Hälfte eingebrochen war; diese Analyse brachte dem Forscher in den 1970er-Jahren den Wirtschaftsnobelpreis ein. Auf Kuznets’ Zahlen fußte US-Präsident Franklin D. Roosevelts „New Deal“. 1942 wurde das Bruttosozialprodukt, wie wir es heute kennen, erstmals in den USA öffentlich erwähnt – es diente den Vereinigten Staaten zur Rüstungsplanung im Zweiten Weltkrieg.

Generell sieht die AK-Wohlstandsspezialistin Premrov kaum Fortschritte bei der Einkommensverteilung zwischen Frauen und Männern, dem sogenannten Gender-Pay-Gap: „Der Trend geht zwar in die richtige Richtung. Allerdings so langsam, dass wir das Ziel einer Angleichung der Gehälter von Frauen und Männern aus heutiger Sicht erst 2070 erreichen, sofern sich der Abstand jährlich nur um 0,4 Prozentpunkte verringert."

Das Vermächtnis der Babyboomer

Positiver beurteilt Schweitzer die Entwicklung der Beschäftigungssituation in Österreich. Sie hat sich besser entwickelt, als angenommen worden war; „gleichzeitig wird die Teuerung das Erreichen des Ziels ‚Vollbeschäftigung' erschweren", wie Schweitzer sagt. Der demographische Trend der anstehenden Pensionierungswelle helfe, dass die Unterbeschäftigung in der Gesellschaft sinkt. Schweitzer rechnet, dass dies vor allem jenen Gruppen zugutekommen wird, die Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche haben, wie etwa Frauen oder Migrant:innen.

Keine Verbesserungen sieht der Wohlstandsbericht bei der Verteilung der unbezahlten Arbeit. Nach wie vor leisten vor allem Frauen den Großteil der unbezahlten Pflegearbeit, also der Kinderbetreuung und Pflege von Senior:innen.

An oberster Stelle fordert der Leiter der AK Wirtschaftspolitik „die Besteuerung von Übergewinnen im Energiesektor". Gemeinsam mit dem österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat die AK ein Modell ausgearbeitet: Von den geschätzten Übergewinnen in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro sollen ein bis 1,5 Milliarden Euro für Investitionen in erneuerbare Energieträger investiert werden. Weitere 1,5 bis 2,2 Milliarden Euro sollen zur Finanzierung von Anti-Teuerungsmaßnahmen verwendet werden.

Schweitzer: „Es kann nicht sein, dass die einen in die Armut abrutschen, während die anderen scheffeln." Das Modell biete zudem einen Anreiz für Unternehmen, in erneuerbare Energie zu investieren, da diese Investitionen von der Steuer abgezogen werden können.

Den Mietpreiswahnsinn beenden

Eine zweite AK-Forderung betrifft die Mieten: Die Preissteigerungen bei Mieten sind aktuell mehrmals pro Jahr möglich; bei Löhnen und Gehältern ist das allerdings nicht der Fall. AK-Direktorin Hruška-Frank: „Man muss sich die Frage stellen, inwiefern eine Weitergabe der Inflation an die Mieter gerechtfertigt ist." Daher sollen Mieterhöhungen mit maximal zwei Prozent pro Jahr gedeckelt werden. Sie fordert zudem die Abschaffung befristeter Mietverträge von Immobilienkonzernen, Versicherungen sowie Großvermieter:innen. Weiters brauche es laut der AK-Direktorin mehr Anstrengungen bei der Lehrlingsausbildung im Bereich der Energiewende. Das ist auch dringend nötig. ◗

Warum messen Sie die Krise in Metern?

© Caritas

Ökonomen bemessen die Höhe einer Inflation in Prozentpunkten. Die Caritas misst Teuerungen und Rekordinflation in dieser Krise in Metern. Seit Monaten werden die Schlangen vor unseren Lebensmittelausgaben länger. Allein in Wien haben im ersten Halbjahr um 56 % mehr Menschen um Hilfe in unserer Sozialberatungsstelle angefragt als im Vorjahr. Ein Negativtrend, der sich auch andernorts zeigt. In der Finanzkrise hieß es, Banken wären „to big to fail". In der Corona-Krise hieß es für Unternehmen: „whatever it takes". Ich bin überzeugt, dass es in dieser Krise darum gehen muss, den Menschen zu helfen. Die stärkste Inflation seit 50 Jahren muss auch den stärksten Sozialstaat zur Folge haben. Wir können uns einen funktionierenden Sozialstaat leisten. Was wir uns nicht leisten können, ist, ohne ihn zu sein. Wir werden verändert aus dieser Krise hervorgehen. Ob auch zum Guten liegt auch, aber nicht nur an Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft. Denn Verantwortung tragen wir alle. Für uns selbst und füreinander.

MICHAEL LANDAU
PRÄSIDENT, CARITAS ÖSTERREICH

Immer auf die Kleinen

Weil es die Schwächsten am stärksten trifft: Eine gute Ausbildung unterstützt Menschen, die Armut hinter sich zu lassen. Und die Schule trägt dazu bei, Kinder aus ökonomisch schwachen Familien gut zu versorgen. Von klein auf.

TEXT ALEXIA WEISS

Die aktuellen Teuerungen durch die steigende Inflation wirken sich auch dramatisch auf die Lebenssituation von Kindern aus. Wie eine im Auftrag der Arbeiterkammer Wien diesen Sommer von IFES durchgeführte Studie (basierend auf einer Umfrage in 809 Haushalten) zeigt, müssen viele Eltern auch dann sparen, wenn es um Ausgaben für die Schule und Teilhabe an Freizeitaktivitäten geht. Bereits jetzt sind 368.000 Kinder und Jugendliche armuts- und ausgrenzungsgefährdet – das ist mehr als jedes fünfte Kind. Nun sieht sich jede zehnte Familie nicht mehr in der Lage, die nötigsten Materialien für die Schule zu bezahlen. Und jede vierte Familie weiß nicht, ob es noch möglich sein wird, für das Kind Nachhilfe, die Musikschule oder Sport zu finanzieren.

Die Studie förderte zudem einen besonders besorgniserregenden Befund zutage, wie Ilkim Erdost, Bereichsleiterin Bildung und Konsument:innen in der AK Wien, betont: „Mehr als 20 Prozent der Familien sagen, dass sie sich die Nachmittagsbetreuung für das Kind nicht mehr leisten können. Gleichzeitig sagen die Eltern, dass sie mehr Stunden als bisher arbeiten werden müssen. Wir müssen also damit rechnen, dass viele Kinder unter zwölf Jahren am Nachmittag allein daheim sein werden, dort niemanden haben, der ihnen ein Mittagessen warm macht oder mit ihnen lernt.“ Gleichzeitig hätten die Gemeinden aufgrund der hohen Energiekosten keinen Spielraum, um hier einzuspringen. Die Pandemie habe die in Österreich ohnehin schon herrschende Chancenungleichheit, wenn es um Bildung gehe, bereits vergrößert. Nun würden noch mehr Kinder schulisch den Anschluss verlieren, befürchtet Erdost. Elke Larcher, Referentin für Schulpolitik in der AK Wien, gibt zudem zu bedenken: Die Arbeitswelt von morgen werde sich ständig verändern. „Wir brauchen vor allem eines: selbstbewusste Arbeitnehmer:innen, die gefestigt sind.“ Wenn sich nun Eltern teuerungsbedingt gezwungen sehen, auch Ausgaben im Freizeitbereich zurückzufahren, „werden Kindern Möglichkeiten genommen, einen guten Selbstwert zu entwickeln“. Hier spitze sich also eine bereits im Gang befindliche Bildungsverengung weiter zu.

Marcus Franz, Bezirksvorsteher in Wien-Favoriten, weiß, womit ökonomisch schwache Familien zu kämpfen haben. Von den 212.000 Favoritner:innen sind an die 34.000 zwischen null und 14 Jahre alt. 50 Schulen gibt es in dem Bezirk, 40 davon sind Pflichtschulen. In der Covid-Krise habe man gesehen, dass vielen Kindern Distance Learning schon deshalb nicht möglich war, weil sie über keinen Laptop oder kein Smartphone verfügten. Hier habe er über einen Aufruf daher Geräte sponsern lassen. Doch Kindern fehle es auch an ganz anderen Basics – wie etwa gesundem Essen. Die Stadt Wien liefere inzwischen an jede Volksschulklasse einmal wöchentlich einen Obstkorb. „Und da wird von den Kindern sehr gerne zugegriffen.“

Ganztagsschule macht satt

Vonseiten der Schuldirektor:innen höre Franz aber nun auch verstärkt, dass Eltern ihre Kinder von Schulstandorten mit Nachmittagsbetreuung abmelden wollen und sich nach einem Platz an einer Ganztagsschule umsehen. Solche Plätze gibt es zwar immer mehr – etwa durch die Errichtung der Campus-Schulen –, doch insgesamt

„Mehr als 20 Prozent der Familien sagen, dass sie sich die Nachmittagsbetreuung für das Kind nicht mehr leisten werden können", Ilkim Erdost, Bereichsleiterin Bildung und Konsument:innen in der AK Wien

sind es viel zu wenige. Der Unterschied zwischen diesen beiden Modellen: Für die Betreuung ist zu zahlen, die Ganztagsschule ist kostenfrei und auch das Mittagessen ist dort gratis.

Zum Erblühen bringen

Theodor Tsiagas ist Direktor der Löwenschule, einer Volksschule in der Laimäckergasse in Favoriten. „Die Kinder kommen durch die Bank aus eher ärmlichen Verhältnissen", erzählt er. „Es war mir daher wichtig, eine Nachmittagsbetreuung aufzubauen." 217 von rund 600 Schüler:innen besuchen diese derzeit. Eltern zahlen dafür etwas mehr als 200 Euro im Monat, können aber bei Bedürftigkeit um Unterstützung ansuchen. Dies sei allerdings für Familien, in denen eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, sprachlich oft eine Herausforderung.

Grundsätzlich ist Tsiagas zwar dafür, dass Eltern eine Wahlmöglichkeit zwischen halb- und ganztägigen Schulformen haben, an seinem Standort würde es aber allen Kindern guttun, länger als nur den Vormittag über in der Schule zu verbringen. „Zu Hause sind die Wohnverhältnisse oft beengt, die Kinder haben keinen Platz, um zu lernen, oder werden durch ein kleines Geschwisterchen in der Konzentration gestört."

Jene Kinder aber, die auch den Nachmittag in der Schule verbringen, „blühen richtig auf", erzählt der Schuldirektor. Er habe zwar noch nicht erlebt, dass ein Kind „verhungert dreingeschaut" habe, aber das Essen zu Hause sei oft billig und von gesunder Küche weit entfernt. „In der Schule gibt es ein Mittagessen mit Bioanteil." Vor allem aber hätten die Kinder hier einen Tisch, an dem sie die Aufgaben erledigen können – und dabei auch Unterstützung bekommen.

Seit zwei Jahren gibt es in der Löwenschule zudem jeweils zwei Klassen pro Jahrgang, die in einer verschränkten Ganztagsform geführt werden – es wechseln einander also Unterricht und Freizeiteinheiten ab, und die Eltern müssen für diese Form der Ganztagsbetreuung nichts zahlen. „Ich würde mir wirklich wünschen, dass meine Schüler:innen alle diese Gratischancen bekommen." Ein früherer Schüler habe einmal gesagt: „Wenn man hier im zehnten Bezirk wohnt, hat man im Vorhinein sowieso keine Chance." Das dürfe nicht sein.

Kostenfrei und flächendeckend

Den kostenfreien und flächendeckenden Zugang zu ganztägigen Schulen nennt auch Erdost als eine Voraussetzung, um Kindern nicht nur im Heute einen sorgenfreieren Alltag zu ermöglichen, sondern ihre Bildungschancen zu erhöhen und damit ihre Zukunft zu sichern. Larcher ergänzt, dass auch mehr als bisher auf die Qualität von Ganztagsschulen und deren Freizeitangebote geschaut werden müsse.

In einem ersten Schritt plädiert Erdost an den Bund, den Gemeinden Mittel zukommen zu lassen, damit alle Kinder, die diese benötigen, weiterhin Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen können. Eine Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index würde zudem dafür sorgen, dass Schulen umso mehr Mittel bekommen, je mehr Schüler:innen mit Unterstützungsbedarf sie haben. ◗

Die Inflation gibt Gas

Putin, Gaskrise, Energiepreisexplosion – und der Paprika kostet auch schon 1,49 Euro. Es sieht nicht gut aus. Stehen die Zeichen auf Wohlstandsverlust und Rezession? Muss das sein?

TEXT MELANIE STRANSKI

Wie heißt es doch so schön? Es geht uns so gut in Österreich. Aber wie läuft's denn wirklich angesichts 10,5 Prozent Inflation im September 2022 und deutlichen Anzeichen eines geringeren Wachstums für 2023. „International steht Österreich noch immer gut da, doch es wird uns bald schlechter gehen", sagt Georg Feigl, Ökonom der Arbeiterkammer.

„Viele Menschen leiden bereits unter der Teuerung und haben trotz 500-Euro-Bonus nicht das Geld, ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Es ist also kein Zufall, dass die Leute vor den Sozialmärkten Schlange stehen", sagt Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts.

In Deutschland orten Experten wie Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung bereits einen makroökonomischen Schock, der im Zuge der Ukraine-Invasion gesät wurde und sich nun ausbreitet. Auch in Österreich zeichnet sich für 2023 ein geringeres Wachstum ab. Höhere Energiekosten für die Betriebe führen zu weniger Investitionen und dazu, dass weniger Mitarbeiter:innen eingestellt werden. Und die Haushalte haben immer weniger Geld, um zu konsumieren. „Wir haben heuer vier Prozent Kaufkraftverlust. Wir verfügen über Zahlen seit 1960, und das ist seit damals der bei weitem größte Kaufkraftverlust", betont Picek.

Das können wir uns nicht sparen

Haupttreiber der Teuerung sind die Energiepreise; dazu kommen noch die Lebensmittelpreise. Ein Beispiel von vielen: Ein einziger Paprika kostet aktuell im Supermarkt 1,49 Euro.

Wer kann, greift auf Ersparnisse zurück, um die Auswirkungen der Inflation ein wenig abzufedern. Doch viele Österreicher:innen können das nicht – sie haben keine Ersparnisse. Der Fiskalrat – ein zur Überwachung der Fiskaldisziplin Österreichs bestelltes Gremium – warnte vor kurzem, dass ein Drittel aller Haushalte im Land keine Rücklagen hat, um mit den rasant steigenden Preisen Schritt zu halten. In Wien zahlt ein Durchschnittshaushalt an die Energiemärkte 430 Euro pro Jahr mehr für Strom. Für Gas müsse er im Schnitt gar 720 Euro mehr ausgeben. Das kann selbst durch ambitioniertes Energiesparen nicht wettgemacht werden.

Haushalte ohne Reserven fangen die Belastungen nur dadurch auf, indem sie ihren Konsum, wo es geht, zurückfahren. Vor der Teuerungskrise war es rund ein Viertel der Menschen in Österreich, das seine Ausgaben nicht durchs eigene Einkommen, sondern nur mithilfe von staatlichen Transferzahlungen stemmen konnte. Im Sog der Teuerungswelle können, so Picek, 35 Prozent der Menschen im Land Konsumausgaben nicht mehr durch ihr Einkommen decken.

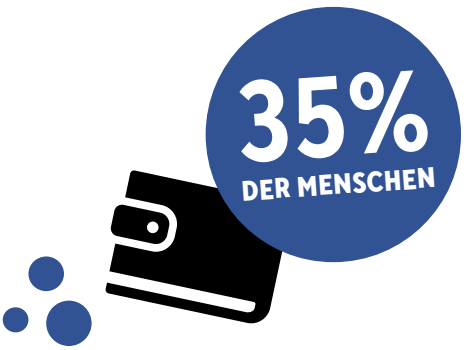
Lifestyle war gestern

Armut ist nicht allein ein individuelles Problem, sondern es schadet der gesamten Volkswirtschaft, wenn die Nachfrage kollabiert. Laut Rainer Will, Geschäftsführer des Handelsverbands Österreich, sehen sich angesichts galoppierender Kosten immer mehr Haushalte gezwungen, bei den Einkäufen zu sparen. Eine aktuelle Befragung des Handelsverbands ergab, dass schon jetzt 19 Prozent der Menschen in Österreich selbst die notwendigsten Ausgaben reduzieren, drei Viertel setzen dabei auf günstige Lebensmittel.

Und die spürbare Verschlechterung der Lebensbedingungen trifft nicht nur, wie so oft, das untere Drittel der Gesellschaft, sie trübt bereits weite Teile der sogenannten Mittelschicht. Nach Berechnungen des Momentum Instituts können in der unteren Mittelschicht 40 Prozent die Teuerung nicht durch die staatlichen Ausgleichszahlungen kompensieren.

Einkommen reicht nicht zum Decken der Konsumausgaben

Quelle: Momentum Institut, 2022



Die Budgetverhandlungen werden, so Georg Feigl, AK Wien, diesmal besonders aufmerksam verfolgt. Die Unternehmen seien ausgabenseitig gut bedient worden und sollten nicht zugleich einnahmenseitig bevorzugt werden.

Inflation – Aufsteiger des Jahres

„Das Wichtigste ist jetzt, gegen die Teuerung beim Wohnen, Heizen und Essen zu steuern", betont Picek. Denn steigende Preise werden uns auch 2023 ein Loch in die Tasche reißen. „Zurzeit herrscht die Einschätzung, dass die Inflationsrate im kommenden Jahr bei sieben bis acht Prozent liegen wird. Damit bleibt die Inflation hoch", so der Experte.

Die Voraussetzungen, dagegen anzusteuern, sind nicht schlecht, denn Steuern und Einnahmen sprudelten zuletzt munter. Das zeigen jüngst veröffentlichte Zahlen der Statistik Austria: „Im ersten Halbjahr 2022 haben sich Österreichs Staatseinnahmen von 94,5 Milliarden 2021 auf 105,9 Milliarden erhöht", betont der AK-Ökonom Feigl. Österreich geht also finanziell gut aufgestellt in die sich abschwächende Konjunktur.

Wobei nicht alle Probleme übers Budget zu lösen sind – zum Beispiel die Mieten: Dass die Inflation automatisch in die Mieten eingepreist wird, ist eine Fehlkonstruktion, die laut Experten repa-

„Wir haben heuer vier Prozent Kaufkraftverlust. Seit 1960 ist das der bei weitem größte Kaufkraftverlust“, betont Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts.

riert werden muss. „Das ist eine eingebaute Preisspirale und durch Mehrkosten nicht schlüssig zu argumentieren, zumal die ohnehin mit den Betriebskosten weitergegeben werden“, betont Feigl. Eine rasche Übergangslösung wäre eine Mietdeckelung. „Spanien und Schottland haben bereits in die Mieten eingegriffen. Die Schotten haben gesagt: Für ein halbes Jahr darf es in dieser schwierigen Situation keine Erhöhung geben. Und die Spanier erlauben maximal zwei Prozent pro Jahr. In Österreich tut die Politik das bisher nicht“, sagt Picek.

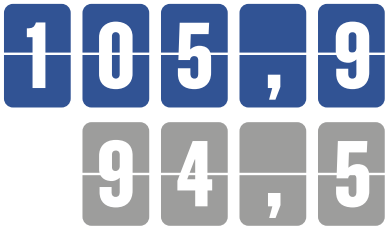
Beim Posten Energie sei ein Preisdeckel für Gas und Fernwärme insbesondere für einkommensschwache Haushalte gefragt, um diese warm durch den Winter zu bringen. Hier werden zusätzliche Budgetmittel gebraucht. „Mittelfristig muss auch der Mechanismus für die Strompreisbildung repariert werden“, sagt Feigl.

Hereinkommen könnten die dafür nötigen Geldmittel zunächst durch eine Besteuerung von Übergewinnen. „Hier verzichtet man zumindest auf einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag, den man in dieser angespannten Lage etwa in Form von Sozialleistungen ausbezahlen könnte“, sagt Picek.

Zur Abfederung der gestiegenen Lebensmittelpreise schlägt das Momentum Institut die Aussetzung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel vor. „Also für Mischbrot, nicht fürs Feta-Oliven-Stangerl, wohlgemerkt“, sagt Picek. „Brot, Milch, Eier, Tiefkühlgemüse. Man muss sich anschauen, was das unterste Fünftel der Einkommensbezieher tatsächlich einkauft, und das macht man eben billiger.“

Erhöhung der österreichischen Staatseinnahmen im 1. Halbjahr 2022 in Mrd. gegenüber 2021

Quelle: Statistik Austria



„International steht Österreich noch immer gut da, doch es wird uns bald schlechter gehen.“

Georg Feigl, Ökonom der Arbeiterkammer

KöSt-Senkung jetzt?

Ein Dorn im Auge ist den Budgetexperten die geplante Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) von 25 auf 24 Prozent 2023 sowie von 24 auf 23 Prozent bis 2024. „Das kostet im kommenden Jahr rund 500 Millionen und geht 2024 Richtung eine Milliarde“, rechnet Picek vor (siehe Interview, Seite 17).

Die Budgetverhandlungen werden diesmal besonders aufmerksam verfolgt werden. Ist es realistisch, dass das Projekt KöSt-Senkung abgeblasen oder zumindest verschoben wird? „Ich erwarte mir schon eine Diskussion darüber, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt für diese Steuersenkung ist“, sagt Feigl. Der Experte verweist darauf, dass die Unternehmen im Bundeshaushalt ausgabenseitig gut bedient wurden – zuletzt mit den Energie-Ausgleichszahlungen – und folglich nicht zugleich einnahmenseitig bevorzugt werden sollten. Zumal das Geld im Staatssäckel dringend gebraucht wird.

Feigl rechnet überdies mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit: „Wenn Menschen, die sonst Steuern zahlen, Arbeitslosengeld benötigen, wird’s teuer. Kaum eine andere Maßnahme gegen die Teuerung kostet mehr als das.“

10,5 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen?

Die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der österreichischen Fiskalpolitik – Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts, rechnet nach, auf wie viel Steuergeld der Finanzminister trotz Teuerungskrise bereit ist zu verzichten.

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) hält am 12. Oktober 2022 seine erste Budgetrede. Nach zweieinhalb Jahren Pandemie muss Österreich jetzt eine Energiekrise und Turboinflation schultern. Wie ist Ihre Einschätzung der Lage im Land?
Wir haben das Problem, dass wir jetzt viel mehr für Strom und Gas bezahlen müssen. Vor allem für Gas, das wir aus dem Ausland kaufen, zahlen wir mittlerweile das Fünffache. Das sind Milliardenbeträge, und dadurch wird Österreich ärmer. Wir spüren das konkret in Form der Teuerung. Viele Menschen leiden darunter und können ihren Lebensstandard nicht aufrechterhalten. Wir müssen deshalb vor allem die Teuerung dämpfen.

Den Lebensstandard senken heißt nichts anderes als weniger konsumieren. Der deutsche Ökonom Sebastian Dullien warnt vor einem makroökonomischen Schock. Droht auch Österreich ein Konjunktureinbruch?
Ja, es wird erwartet, dass Europa, Deutschland und auch Österreich in eine Rezession kommen. Wie schwer sie ausfällt, ist eine andere Frage. Die Teuerung wird jedenfalls auch 2023 hoch bleiben. Womit wir in einer sogenannten Stagflation landen – Inflation und Wirtschaftseinbruch gleichzeitig.

Bekommen wir jetzt alle paar Monate einen staatlichen 500-Euro-Bonus zur Abfederung der Inflation?
Damit rechne ich nicht. Es wird vielleicht Ausgleichszahlungen für Sozialhilfebezieher:innen geben, aber dass wir noch einmal diese Milliardenbeträge für Einmalzahlungen haben, damit rechne ich nicht. Es wäre auch besser, gezielter denen zu helfen, bei denen die Teuerung besonders einschlägt. Etwa mittels einer Preisbremse gegen teure Gasrechnungen, so wie in Deutschland.

Kann sich das reiche Österreich das nicht leisten?
Der Staat verzichtet in Österreich auf sehr viele Einnahmen. Es gibt keine vernünftige Übergewinnsteuer auf die aktuellen Rekordgewinne der Energieerzeuger. Da verzichtet man zumindest auf einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag – grob geschätzt drei bis fünf Milliarden –, den man in dieser angespannten Lage in Form von Sozialleistungen ausbezahlen könnte. Ab 2023 wird zudem die Körperschaftsteuer von 25 auf 24 Prozent gesenkt, und ab 2024 auf 23 Prozent. Das kostet rund 500 Millionen im kommenden Jahr und ab 2024 Richtung eine Milliarde jährlich.

Es kommt einiges zusammen ...
Erschwerend hinzu kommt, dass man seit Jahrzehnten in Österreich darauf verzichtet, Vermögende an den Steuerbeiträgen ausreichend zu beteiligen. Es gibt seit 1993 keine Vermögenssteuer und seit 2008 keine Erbschaftssteuer. Auch die Grundsteuer ist in Österreich sehr niedrig. Wir haben uns das einmal ausgerechnet: Zirka fünf Milliarden Euro im Jahr fehlen aus vermögensbezogenen Steuern.

Ich ziehe mal kurz Bilanz, auf welche Einnahmen der Finanzminister 2023 verzichtet: auf drei bis fünf Milliarden Euro aus der Übergewinnsteuer, auf 500 Millionen durch Senkung der Körperschaftssteuer und auf potenzielle fünf Milliarden aus vermögensbezogenen Steuern.
Ja. Normalerweise schaut man in einer kriegsbedingt angespannten wirtschaftlichen Situation, dass man bei Menschen und Unternehmen mit hohem Einkommen möglichst viel abschöpft. Doch wir machen in Österreich genau das Gegenteil, denn ein Teil der Bundesregierung will keine Übergewinnsteuer. Außerdem senkt sie die Gewinnsteuer. Dazu kommt noch die Abschaffung der kalten Progression. Wir senken also die Steuern für jene, die es sich leisten können, und federn die Folgen des Krieges bei vielen mit geringem Einkommen zu wenig ab. Das ist ein Problem im Budget 2023.

Wie problematisch sehen Sie eine höhere Neuverschuldung?
Ein Jahr lang mehr Budgetdefizit zu machen, das bringt die Republik nicht in Schwierigkeiten. Aber es sollte schon gelten, dass man Transfers wie die Einmalzahlungen gegen die Teuerung, die Strompreisbremse und die Energiezuschüsse für die Unternehmen auch mit Mehreinnahmen hinterlegt. Das findet aber nicht statt, solange man nicht einmal eine Übergewinnsteuer hat. Und das halte ich für ein Problem. ◗

Attacke auf die Gewinnmargen?

Rauer Ton: Wirtschaftsnahe Verantwortungsträger schüren gerade die Angst vor den Gewerkschaften. Das ist sachlich falsch. Und vor allem verantwortungslos. Eine Bestandsaufnahme.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Der Ton gegenüber den Arbeitnehmer:innen wird rauer. Zuletzt vergaloppierte sich ausgerechnet Christoph Badelt, der Chef des Fiskalrats. Angesichts der Demonstration „Preise runter" des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) sprach er in der Ö1-Reihe „Im Journal zu Gast" von der „Gefahr einer politischen Radikalisierung" in der aktuellen Krisensituation. Gegen die Oppositionsparteien schoss er, dass es wenig hilfreich sei, wenn man „in der politischen Diskussion so tut, als bräuchte man nur eine Regierung, die willig wäre, auf den Knopf zu drücken".

Ob die bisherigen Hilfen sozial gerecht und „treffsicher" seien, da gehen die Meinungen jedoch auseinander. So meinte Badelt etwa, dass nur ärmere Haushalte von der Teuerung betroffen sind. Die anderen Haushalte könnten aus seiner Sicht die Belastungen leicht schultern.

Treffsicherer Mittelentzug

Weiters sieht er inflationssenkende Maßnahmen, wie sie ÖGB und Arbeiterkammer fordern, kritisch, da sie das Staatsbudget überfordern würden. Für den Beschluss der Bundesregierung zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge für den FLAF und die AUVA, also einer Senkung der Staatseinnahmen, hörte man seinerseits keine Bedenken, obwohl sie dem Sozialstaat dauerhaft die Mittel entziehen. Wo ist hier die soziale Treffsicherheit?

Schon zuvor hatte sich Gabriel Felbermayr, Chef des WIFO, zur Herbstlohnrunde geäußert. Die Forderung der Metaller von 10,6 Prozent Lohnzuwachs sei zu hoch, so seine Meinung. Hintergrund ist der BIP-Deflator.

Die Besonderheit des BIP-Deflators ist, dass er ausschließlich Waren und Dienstleistungen berücksichtigt, die in Österreich produziert werden. Das bedeutet, dass die Inflation auf Güter, die im Ausland entsteht, herausgerechnet werden muss. Bislang legten wirtschaftsnahe Expert:innen auf die Unterscheidung keinen Wert – die Zahlen waren zu ähnlich. Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine habe sich das jedoch geändert, so Felbermayr. Es sei nämlich die importierte Energie, die für den Anstieg der Inflation verantwortlich sei.

Rekorde brechen

Das stimmt nicht ganz. Derart drastische Preissteigerungen, wie wir sie aktuell erleben, sind das Zusammenspiel mehrerer Faktoren, die nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Helene Schuberth, Leiterin der Volkswirtschaftlichen Abteilung im ÖGB, fasst es so zusammen:

> *„Die Arbeitnehmer:innen mussten in diesem Jahr Reallohnverluste hinnehmen, während die Unternehmen überwiegend ihre Gewinnmargen erhöht haben, indem sie im Windschatten des allgemeinen Inflationsanstiegs die Preise über die Kosten hinaus angehoben haben."*
>
> Helene Schuberth, Chefökonomin ÖGB

Ängste zu nehmen ist die ureigenste Aufgabe von Arbeiterkammer und ÖGB. Sie fordern daher Krisenbekämpfungsmaßnahmen zum Erhalt der Kaufkraft, finanziert mit der Abschöpfung von Übergewinnen sowie Erbschafts- und Vermögenssteuern.

© Christoph Glanzl

„Die Diskussion um den BIP-Deflator als Orientierungsgröße für die Lohnverhandlungen lässt die Besonderheiten der derzeitigen Situation völlig außer Acht: Die Arbeitnehmer:innen mussten in diesem Jahr Reallohnverluste hinnehmen, während die Unternehmen überwiegend ihre Gewinnmargen erhöht haben, indem sie im Windschatten des allgemeinen Inflationsanstiegs die Preise über die Kosten hinaus angehoben haben."

Sie spricht damit die Gewinn-Preis-Spirale an, die auch schon andere Ökonom:innen stark kritisiert haben – selbst Philip Lane, Chefökonom der Europäischen Zentralbank (EZB). Er rief Unternehmen auf, die Gewinnmargen zurückzufahren. Ein Aufruf an die Arbeitgeber:innen-Seite, den Schuberth in Österreich allerdings noch vermisst. „Wo blieb der Appell von Gabriel Felbermayr an die Unternehmen, bei der Preissetzung Zurückhaltung zu üben?"

Zumal es in der Öffentlichkeit immer noch ein grundlegendes Missverständnis gibt. Die Gewerkschaften wollen nicht, wie in „Der Standard" zu lesen ist, dass „die aktuelle Inflation auf Rekordniveau abgegolten" wird. Vielmehr wollen die Verhandler:innen, dass mindestens die Inflation der vergangenen zwölf Monate ausgeglichen wird. Darin verbergen sich zwei wichtige Unterschiede: Erstens ist die Teuerungsrate aktuell auf Rekordniveau und dürfte sogar noch steigen – die in den nächsten Monaten zu erwartenden weiter steigenden Inflationsraten sind nicht berücksichtigt. Und zweitens ist durch diese rückblickende Betrachtung der Reallohnverlust bereits bei den Arbeitnehmer:innen angekommen. Im gleichen Zeitraum, in dem viele Konzerne – auch mit importierter Energie – Übergewinne auf Kosten der Verbraucher:innen erwirtschaftet haben.

Herrschaft lebt von Angst

Auch Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, sieht die Aussagen eher kritisch: „Der von Professor Felbermayr betonte Unterschied zwischen Verbraucherpreisen und BIP-Deflator ist kein Anlass, die Lohnforderung in der Metallindustrie zu überdenken. Die Metallindustrie ist sehr wettbewerbsfähig und kann ihre Preise selbst setzen. Die jüngste Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar hat den Preisspielraum nochmals erhöht." Für Marterbauer kommen die aktuellen Angriffe nicht überraschend. Aktuell sind die Menschen verunsichert. Längst ist nicht bei jedem gesichert, dass Miete, Lebensmittel und Heizkosten bezahlt werden können. Ausgerechnet jetzt die Forderung der Arbeitnehmer:innen als „Radikalisierung" zu bezeichnen und die Grundlage der Berechnung zu diskreditieren, passt ins Bild. Denn „Herrschaft lebt von Angst und sie lebt gut davon", wie es Marterbauer und Martin Schürz, Psychotherapeut, in ihrem Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht" auf den Punkt bringen (siehe Interview Seite 20).

Sachlich bleiben

Genau diese Ängste zu nehmen ist aber die ureigenste Aufgabe von AK und ÖGB. Deshalb fordern sie eine Anhebung des Arbeitslosengeldes, der Notstandshilfe, der Mindestsicherung und der Sozialhilfe über die Grenze der Armutsgefährdung. Deswegen versuchen sie in der Herbstlohnrunde die Kaufkraft zu erhalten und den Mindestlohn in den Kollektivverträgen zu erhöhen. Genau dazu dienen Demonstrationen wie jene mit der Forderung „Preise runter", samt Vorschlägen, wie die Regierung die Krisenbekämpfungsmaßnahmen mit einer Abschöpfung von Übergewinnen und Erbschafts- und Vermögenssteuern finanzieren könnte. Eine Forderung von Badelt war „sachlich bleiben". In diesem Punkt hat er recht. ◗

Eine Wirtschaftspolitik der Hoffnung

In ihrem Buch „Angst und Angstmacherei" analysieren Markus Marterbauer und Martin Schürz, wie neoliberale Wirtschaftspolitik Angst schürt und Macht erzeugt. Denn die Machtverhältnisse entscheiden, wohin sich die Gesellschaft entwickelt. Ein Plädoyer für ein besseres Leben. Für alle!

INTERVIEW EVA WINTERER

Wir müssen uns auf weniger Wohlstand einstellen. Ist das in Krisenzeiten unabdingbar?

Marterbauer: Rein ökonomisch betrachtet werden das BIP und der Wohlstand zurückgehen. Das ist jedoch eine Durchschnittsbetrachtung. Denn gleichzeitig sehen wir, dass es in der Teuerungskrise nicht nur Verlierer:innen gibt, sondern auch viele Gewinner:innen. Es ist also eine Verteilungsfrage. Entscheidend für den langfristigen Wohlstand wird sein, wie wir die Klima- und Ungleichheitskrise bewältigen.

Schürz: Der Begriff Wohlstand, in der Einzahl für ein Land verwendet, verfehlt die riesigen Unterschiede beim Einkommen und Vermögen. Man spricht davon, dass der Wohlstand in einem Land steigt oder fällt, aber das beachtet nicht, dass die einen an Wohlstand verlieren können, während wenige beträchtlich zulegen.

Wenn wir über Wohlstandsverlust sprechen – ist das Angstmacherei?

Marterbauer: Wir sagen, mit Angstmacherei wird Politik gemacht, und konservative Wirtschaftspolitik bedient sich solcher Narrative. Mit einem konkreten Umverteilungsziel wird versucht, den Einzelnen Angst zu machen, etwa in der Debatte der „Vollkaskomentalität des Sozialstaats". Denn wenn die Angst besteht, dass die Pensionen nicht sicher sind, wird privat fürs Alter gespart. Das bedeutet Gewinne für Pensionsfonds. Wenn man sich fürchtet, dass man vom Arbeitslosengeld nicht mehr leben kann, steigt die Bereitschaft, niedrig bezahlte Jobs anzunehmen. Das erhöht die Gewinne der Unternehmen.

Und woher kommt die Angst?

Schürz: Wir nehmen besonders Ängste, die im Zusammenhang mit neoliberaler Wirtschaftspolitik entstehen, ernst. Dies sind Status- und Versagensängste. Menschen befinden sich heute in einem permanenten Wettbewerb. Sie sind unter Stress, weil sie bestehen müssen, jedoch können nur die wenigsten gewinnen. Daher bekommen viele Menschen Ängste. Wir zeigen, dass diese Versagensängste mit unserem emanzipatorischen wirtschaftspolitischen Ansatz vermeidbar wären.

MARKUS MARTERBAUER
Geboren 1965 in Uppsala, seit 2011 Chefökonom der AK Wien. Er ist Lehrbeauftragter der Uni Wien und WU Wien, Vizepräsident des Fiskalrats, Experte im Budgetausschuss des Nationalrats und Mitglied im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen.

Hängt dies mit dem Begriff Eigenverantwortung zusammen? Man ist de facto auf sich allein gestellt.

Marterbauer: Das Ziel der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist jedenfalls die Vereinzelung – dass die Leute auf sich allein gestellt sind und weniger Handlungsmöglichkeiten haben. Das ist aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen, weil sich die Menschen nicht für ihre Rechte einsetzen, aber auch nicht für die Rechte von anderen. Zum anderen wird der solidarische Gedanke torpediert und damit verbunden auch jene Institutionen, die den Einzelnen stärken sollen, der Sozialstaat, die Gewerkschaften oder der gesellschaftliche Zusammenhalt. Wir halten daher die Individualisierung, die von der neoliberalen Politik beabsichtigt ist, für eine riesige Gefahr, weil nur aus der Solidarität heraus Hoffnungen entstehen können, die dann Freiräume für die Menschen eröffnen.

In der Ökonomie ist alles eine Machtfrage, und die Machtverhältnisse entscheiden, wohin sich Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln, so Markus Marterbauer.

Schürz: Es ist ein perfides Konzept. Neoliberale haben einen negativen Freiheitsbegriff. Dieser bedeutet in erster Linie Abwehr von Eingriffen des Staats. Gemeint ist dann meist nur individuelle Entscheidungsfreiheit beim Konsum. Wenn viele an dieser Wahlfreiheit scheitern, können sie niemanden mehr für ihr Scheitern verantwortlich machen. Sie sind dann individuelle Versager, die sich selbst die Schuld dafür geben müssen. Die gesellschaftlichen Strukturen verändern zu wollen, dieses Ziel wird dann aufgegeben.

Marterbauer: Für uns ist ein anderer Freiheitsbegriff wichtig, ein positiver Freiheitsbegriff, der Menschen mehr Wohlstand ermöglicht, und zwar auf Basis von Sicherheit, also der Verhinderung von Armut, und damit auf der Basis der sozialstaatlichen Institutionen.

Und die Folgen davon?

Schürz: Eigentlich würden wir sagen, dass die Psychotherapie teilweise unreflektiert bei diesem neoliberalen Konzept mitmacht. Sie hat ja immer mit Einzelnen zu tun, und in gewisser Weise macht sie diese wieder funktionsfähig für den Markt. Natürlich geht es in der Psychotherapie auch um Liebes- und Beziehungsfähigkeit. Aber es geht sehr wohl auch darum, wieder arbeitsfähig zu werden. Man sucht also im Nachhinein zu reparieren, was vorher der Neoliberalismus zerstört hat.

Was bewirkt die Ausübung von Macht in unserer Wirtschaft?

Marterbauer: In der Ökonomie ist schlussendlich alles eine Machtfrage. Die Machtverhältnisse entscheiden, wohin sich die Gesellschaft und die Wirtschaft entwickeln. Wer bestimmt die Lebensumstände der Leute? Und wie wird das organisiert? Aus unserer Sicht geht es um die Ermächtigung der Menschen. Dafür sind auf der einen Seite die solidarischen Untergrenzen relevant. Sie ermächtigen zum Eintreten für die eigenen Rechte und für die Rechte der anderen. Auf der anderen Seite geht es uns um die solidarischen Obergrenzen, also um die Beschränkung der Macht der Vermögenden, weil diese freiheitsmindernd ist. Im Grunde geht es um ein besseres Leben für alle, indem man die Untergrenzen stärkt und Obergrenzen einzieht und so die Macht in der Gesellschaft neu verteilt.

MARTIN SCHÜRZ
Geboren 1964, Wien,
arbeitet als Psychotherapeut.
Er forscht seit mehr als zwei Jahrzehnten zur Vermögensverteilung.
Er ist Lektor an der WU Wien, Bruno-Kreisky-Preisträger für das politische Buch und ausgezeichnet mit dem Progressive Economy Award.

Schürz: Es geht um die Macht der Vermögenden. Schon der Begriff Vermögende drückt sprachlich aus, dass diese vermögen, etwas zu tun. Ich möchte betonen, dass es uns gar nicht so darum geht, ob Vermögende richtig oder falsch handeln. Manche sagen ja, Reichtum sei kein Problem, es sei nur die falsche Verwendung von Ressourcen. Wir sagen es radikaler: Allein die Macht der Vermögenden ist das entscheidende Problem. Exzessive Vermögen schädigen die Demokratie.

Wir haben in Österreich rund 50 Milliardäre und eine sehr hohe Vermögenskonzentration. Sind wir in einer sozialen Schieflage?

Schürz: Ich sehe eine eklatante soziale Schieflage. Doch wir wissen nicht einmal

Allein die Macht der Vermögenden ist das entscheidende Problem. Exzessive Vermögen schädigen die Demokratie, so Martin Schürz.

genau, wie viele Milliardär:innen es tatsächlich in Österreich gibt. Die Zahl von rund 50 leitet sich nur aus Reichen-Listen ab. Es gibt keinerlei seriöse Offenlegung der Vermögensverhältnisse, wie man sie etwa bei Mindestsicherungsbezieher:innen fast automatisch verlangt. Vermögenden wird Diskretion über ihre Vermögensverhältnisse gewährt, obwohl sie bedeutende Subventionen vom Staat erhalten.

Ihr warnt vehement vor einer zerrissenen Gesellschaft ...

Schürz: In einer zerrissenen Gesellschaft gehen ärmere Menschen nicht einmal mehr zu Wahlen. Sie ziehen sich zurück, und es drängen sich Wohlhabendere vor. Die artikulationsfähige „Mitte" ist meistens schnell da mit ihren Anliegen, die sich aber von jenen Armer unterscheiden. Es wird dann vielleicht noch über arme Menschen gesprochen, besonders vor Weihnachten, aber es wird ihnen nicht zugehört. Vermögende werden hingegen rätselhafterweise zu jeder Vermögensteuer-Diskussion befragt, Arme aber nicht. Diese werden eher vorgeführt, als dass man ihnen zuhört. Ganz sicher orientiert sich die Politik nicht an den Empfehlungen einer Mindestsicherungsbezieherin. Diesen Fokus würden wir gerne verschieben. Die Anliegen der tatsächlichen „Kleinen" werden zu oft übersehen. Es sind Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Hilfsarbeiter:innen und im Extremfall jene, die im Winter draußen schlafen müssen.

Welche Diagnose ergibt sich daraus für Österreich?

Marterbauer: Bezogen auf eine Zerrissenheit der Gesellschaft bestimmt eine bessere als in anderen Ländern. Das hat damit zu tun, dass es bei uns eine starke Defensive gibt – Arbeiterkammer gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsrät:innen, die vieles verhindert haben, was in anderen Ländern möglich war. Darauf kann man aufbauen. Es reicht uns aber nicht zu sagen, dass bei uns der Sozialstaat besser ist als in anderen Ländern. Er muss auch bei uns viel besser werden, damit er seine Aufgabe erfüllen kann. Wir brauchen offensive Verbesserungen. Das wird gerade durch die Teuerungskrise so offensichtlich.

Was bedeutet die Unterscheidung zwischen Sozialstaat und Eigentümerstaat?

Marterbauer: Diese Unterscheidung ist wichtig, da das neoliberale Konzept der Individualisierung den Menschen suggeriert: Wenn ihr euch nur selbst Eigentum schafft, dann braucht ihr den Sozialstaat nicht mehr. Also, alle sollen irgendwo ein Haus haben, und dann kann ihnen eh nichts mehr passieren. Aber das dient der Vereinzelung und dazu, dass die Leute denken, das Eigentum sei eigentlich das Entscheidende an diesem Sozialstaat, daher brauchen wir ihn eigentlich gar nicht.

Schürz: Es verändert sich praktisch das, was man Klassenbewusstsein genannt hat. Während etwa die Beschäftigten zuvor ein Interesse daran hatten, dass das Mietrecht gut ist, dass der Staat schöne Sozialwohnungen für die Menschen, die weniger haben, bereitstellt, haben sie in einer Eigentümergesellschaft ein Interesse daran, dass die Immobilienpreise raufgehen, damit ihr kleines Häuschen oder die Wohnung immer mehr wert wird. Dadurch entsteht eine Dynamik der Vereinzelung und Entsolidarisierung. Man muss daher aufpassen, dass dieses Konzept der Eigentümergesellschaft nicht attraktiv wird, sondern dass das historische Konzept des Roten Wien mit seinem sozialen Wohnbau und einer solidarischen Gesellschaft hochgehalten wird.

Wie kommen wir da raus aus der fortschreitenden Vereinzelung und in eine Wirtschaftspolitik der Hoffnung?

Schürz: Als Psychotherapeut in der Tradition von Alfred Adler ist für mich ganz klar: Ermutigung. Denn jemand, der Mut hat, wird sich öfter äußern; der oder die wird sich einmischen und seine oder ihre Stimme erheben. Daran knüpfen wir unsere Hoffnung, dass jene, die sonst nicht gehört werden, ihre eigenen Angelegenheiten selbst mutig vertreten.

Marterbauer: Für mich ermöglicht soziale Sicherheit Hoffnung und hat einen demokratischen Aspekt. Sie führt zu mehr Beteiligungen, zum Eintreten für die eigenen Interessen. Denn beide, Demokratie und Sicherheit, sind gefährdet, wenn Vermögen explodiert. Daher muss man unten stärken und oben eingrenzen.

Soziale Sicherheit ermöglicht für Markus Marterbauer Hoffnung und betont ihren demokratischen Aspekt: mehr Beteiligung und Eintreten für die eigenen Interessen.

Lassen sich die Machtverhältnisse wieder umkehren?

Marterbauer: Aktuell haben wir zwei Momente. Zum einen sind es die Machtverhältnisse in der Einkommenswelt. Diese werden stark von den Bedingungen am Arbeitsmarkt bestimmt. Lange Zeit war die Arbeitslosigkeit hoch, und somit gab es schlechte Bedingungen für die Arbeitenden und ihre Interessenvertretungen zu verhandeln. Wenn es jetzt wirklich in Richtung einer Arbeitskräfteknappheit geht, dann ist das für mich keine Befürchtung, sondern eine Hoffnung. Denn es verschieben sich die Machtverhältnisse, und man kann mehr Sicherheit in Form von höheren Mindestlöhnen und besserer sozialer Absicherung schaffen.

Und das zweite Moment?

Marterbauer: Wir haben mehr Forscher:innen, die sich mit der Vermögenswelt beschäftigen. Wir haben bessere Daten, und wir haben international eine starke Debatte zu Vermögensobergrenzen, also der Frage „Was ist zu viel?"

Schürz: Es ist im Vermögensbereich die klassische Hoffnung der Aufklärung. Ein Vermögensregister und echte Transparenz zu den Vermögensverhältnissen tun not. Natürlich wartet kein Reicher auf unsere Erkenntnisse, um dann zu sagen: „Ah, jetzt sehe ich ein, dass ich tatsächlich zu reich bin." So naiv sind wir nicht. Jedoch führt eine datengeleitete Aufklärung in der Gesellschaft zu einem gesteigerten Problembewusstsein aller.

Was tut jetzt not?

Marterbauer: Der erste Meilenstein ist sicher die Vermeidung von Armut. Das Risiko, dass die Armut aus Covid heraus- und in die Teuerungskrise hineinsteigt, ist tatsächlich hoch. Zusätzlich muss die gesamte arbeitende Bevölkerung – selbstständig und unselbstständig Erwerbstätige – vom Sozialstaat profitieren, so wie er ja auch angelegt ist. Das passiert nicht automatisch, daher ist die Stärkung der solidarischen Untergrenze ein zentrales Element.

Schürz: Bemerkenswert ist, dass dies auch ein „Liberalismus von unten" ist und nicht nur ein Liberalismus der Privateigentümer. Wenn also jemand Kritik übt und sagt: „Ah, das sind wieder die linken Umverteiler", dann antworten wir: „Nein, das ist auch ein ernstzunehmender Liberalismus." Im Liberalismus ist angelegt, dass auf ungleiche Machtverhältnisse zu achten ist. Armut darf nicht sein. Besonders, wenn es nicht viel kostet, sie zu beseitigen. Dass sie trotzdem nicht beseitigt wird, spricht für unsere These der Angstmacherei.

Wie sollten die solidarischen Untergrenzen und Obergrenzen idealerweise ausschauen?

Marterbauer: Bei den solidarischen Untergrenzen haben wir jede Menge Baustellen. Wir bezeichnen es als Null-Armut-Strategie, die es braucht, um Armut mittels besserer Untergrenzen zu verhindern. Arbeitslosenversicherung, Pensionssystem und seit 2017 auch die Mindestsicherung sind nicht armutsfest. Diese Baustellen lassen sich jedoch leichter bearbeiten, wenn man auf etwas aufbauen kann, was schon da ist. Und das ist wieder der Wert des Sozialstaats.

Und wie sieht der Beitrag der Vermögenden aus? Ist damit die solidarische Obergrenze gemeint?

Marterbauer: Die Null-Armut-Strategie, der Ausbau etwa der sozialen Dienste und der Pflege, kann leicht durch eine progressive Vermögens- und Erbschaftssteuer finanziert werden, sogar inklusive einer Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen. Was die Obergrenzen von Vermögen betrifft, so haben diese in unserem Konzept keinen unmittelbaren Finanzierungsaspekt. Da geht es um etwas anderes. Wir wollen keine Vermögensgrenze bei beispielsweise einer Milliarde Euro einziehen, weil wir Geld brauchen, sondern es ist eine Frage der Macht und der Demokratie.

Schürz: Bei der Obergrenze wollen wir eine breite gesellschaftliche Debatte zu einem demokratieabsichernden Rahmen anstoßen. Das ist neu. Bisher hat man nur auf die Einkommensungleichheit geschaut. Wir schauen jetzt auf Einkommen, Vermögen und den Sozialstaat. Wir vertreten kein Enteignungskonzept. Wir vertreten das Konzept, dass es in einer Demokratie Regeln geben muss, die für alle gelten, auch für die Mächtigen.

Danke für das Gespräch!

Die Auswirkungen der Inflation werden zu einer Frage der Verteilungsgerechtigkeit, denn in der Krise gibt es nicht nur Verlierer:innen, sondern auch viele Gewinner:innen. Weshalb es sich um eine Machtfrage handelt, welche Mechanismen verantwortlich sind und wie eine verteilungsgerechte Wirtschaftspolitik aussehen kann, um Wohlstand für alle zu bringen, dass legen Markus Marterbauer und Martin Schürz im Interview ab Seite 20 dar. Hier einige Zahlen, welche die soziale Schieflage unterstreichen und zeigen, weshalb der Mut zu konsequentem Handeln im Sinne der Mehrheit gerade jetzt brennen sollte.

„Ich weiß nicht, ob ich mir den Job noch leisten kann",

Teilzeit-Mitarbeiterin aus der Steiermark, tätig im mobilen sozialen Dienst, als Antwort auf die hohen Treibstoffpreise und einer seit 2008 Kilometergeldpauschale von 0,48 Euro.

„50 % der Haushalte werden eine Sparquote von 0 Prozent hab

prognostiziert Gabriel Felbermayr, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), im Rahmen der Pressekon zur „Konjunkturprognose 2022 und 2023" vom 7.10.202

Herbstprognose 2022

Lohnquote 2022 – **1,6 Prozent**

Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Beschäftigung

Reallohnverlust 2022 – **4,2 Prozent**

Verfügbares Einkommen 2022 – **1,5 Prozent**

Grafik: Thomas Jarmer, Illustrationen: Miriam Mone

„Die Unternehmensprofite steigen heuer kräftig“,

prognostiziert WIFO-Ökonom Christian Glocker im Rahmen der Pressekonferenz zur „Konjunkturprognose 2022 und 2023“ vom 7.10.2022.

Rekordgewinne 2021

*Erstmals in der Geschichte des ATX wurde die **10-Mrd.-Euro-Grenze** übersprungen.*

Dividendenreport der Arbeiterkammer Wien, Mai 2022

Managergehälter stiegen 2021 kräftig

Die Spitzenmanager verdienten im Durchschnitt 225.680 Euro brutto pro Jahr. Das waren + 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr 2020.

Umfrage des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF) mit Unterstützung der Industriellenvereinigung (IV) vom Juli 2022

Wirtschaftsprognose

Entwicklung BIP 2022: Ist	Entwicklung BIP: Prognose	Inflationsrate
Q1 2022 +10%	Herbstprognose 2022: +4,8%	Herbstprognose 2022: +8,3%
Q2 2022 + 6%	Herbstprognose 2023: +0,3%	Herbstprognose 2023: + 6,5%

Quellen: Statistik Austria, September 2022; WIFO Konjunkturprognose 2022–2023, Oktober 2022

Plötzlich war das Geld weg!

Metaller:innen verdienen vergleichsweise gut. Doch auch sie spüren jetzt die Folgen der Teuerung dramatisch. Besonders betroffen sind Arbeiter:innen mit Kindern, Alleinerziehende und Pendler:innen. Arbeitsalltags-Impressionen aus einem Betrieb in Kirchdorf a. d. Krems.

TEXT ALEXANDER FOGGENSTEINER

Nach Corona und viel Kurzarbeit geht den Arbeiterinnen langsam die finanzielle Luft aus, obwohl sie von sich selbst sagen, noch besser zu verdienen als manch andere Frau.

Höchste Präzision in Kirchdorf a. d. Krems: An der südlichen Ortsausfahrt der oberösterreichischen Bezirkshauptstadt findet sich das Betriebsgelände der TCG Unitech GmbH, die seit vier Jahren zur italienischen Carlo Gnutti Group gehört. Hier werden Hightech-Druckguss- und -Spritzguss-Verfahren angewandt und Öl- und Kühlmittelpumpen gefertigt – in weltweit führender Qualität.

Rund 1.050 Beschäftigte arbeiten hier oder – wie es Roswitha Grammer (56), die Betriebsratsvorsitzende der Arbeiter:innen, im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft in ihrem Büro ganz genau aufschlüsselt – „701 Arbeiter, 224 Angestellte und 124 Leasing-Arbeitskräfte, von denen wir per 1. Oktober 30 übernommen haben". Sie halten das Betriebsgelände gut in Schuss. Auf die Besucher:innen machen sowohl das Freigelände als auch die Werkshallen einen properen Eindruck. In der Luft liegt der Duft von Gießerei und Metallspänen.

Diesen Eindruck vermitteln auch das Großraumbüro oberhalb der Werkshalle 20 und das etwa acht Quadratmeter große Büro der Betriebsrätin. Hier hat sie alles, was für ihre Tätigkeit erforderlich ist: Computer und Laptop, Drucker, Ablagen und einen Safe. Neben ihrem Arbeitsplatz stehen Fähnchen und Wimpel der Gewerkschaft. An die Wand hat sie die Organigramme der Abteilungen an dem Standort gepinnt, mit Fotos und Namen. Im Handy hat Roswitha, wie sie sagt, „die wichtigsten Nummern der Mitarbeiterinnen". Auf die Besucher:innen wirkt es, als hätte sie fast alle Nummern der Belegschaft im Mobiltelefon und ruft die Arbeiter:innen durch, die wir in Kürze besuchen werden.
Roswitha Grammer hat kurzes graues Haar, sie trägt Jeans und ein schwarzes T-Shirt, auf dem mit weißem Faden „Betriebsrat" eingestickt ist, darüber eine rote ärmellose Jacke der ProGe, ihrer Metallergewerkschaft. Sie wirkt dynamisch und energisch. Kein Wunder, dass zwei Drittel der Arbeiter:innen im Betrieb Gewerkschaftsmitglieder sind. Bei der Vorbereitung auf unseren Betriebsrundgang schildert sie die Probleme ihrer Metaller:innen. „Wir spüren die Mehrbelastung der arbeitenden Frauen. Der wirtschaftliche Druck durch mangelnde Planbarkeit, der ständige Wechsel zwischen Kurzarbeit und Mehrarbeit, das alles wird auf unseren Schultern ausgetragen," sagt Grammer, die im Verhandlungsteam der ProGe für Gießereien ist. „Zusätzlich ist Kinderbetreuung im ländlichen Raum, aber vor allem für Schichtarbeiterinnen schwierig zu organisieren ist" und natürlich weil ihre Damen mit der Teuerung enorme finanzielle Einbußen erleben. „Ich habe in all den Jahren als Gewerkschafterin noch nie so viele Probleme wie jetzt mitbekommen." Der Schulanfang war für viele Familien und alleinerziehende Mütter ein finanzieller Horror. „Trotz der derzeit wirtschaftlich guten Lage sind jetzt Angst und Unruhe weit verbreitet. Es sind Zukunftsängste", wie sie schildert.

„Ich habe in all den Jahren als Gewerkschafterin noch nie so viele Probleme wie jetzt mitbekommen."

Roswitha Grammer, Betriebsratsvorsitzende

„Jetzt, wo Autofahren teurer geworden ist, fahre ich wenig, und es beteiligen sich die Mitfahrer an den Kosten", so Sarah, gelernet Mechatronikerin.

Monatlich 1.200 Kilometer in die Arbeit

Alexandra Wachter (50) wohnt in Sierning, 30 Kilometer vom Unitech-Werk entfernt. Sie überprüft bei der Endkontrolle fertige Bauteile, bevor sie an die Kunden geliefert werden. Von zu Hause in die Arbeit und wieder retour fährt sie 1.200 Kilometer pro Monat. „Ohne Pendeln wäre ich arbeitslos", sagt die alleinerziehende Mutter. Ihr ausgelernter Sohn ist Landschaftsgärtner und macht gerade Zivildienst. „Mit den 360 Euro, die er dort verdient, hüpft er nicht recht weit", wie seine Mutter sagt. „Ich bin sein Bankomat und mitunter auch der für meine Tochter", einer Einzelhandelskauffrau, die Alexandra Wachter bei der Gründung ihres Haushalts unterstützt. Daher gibt es in ihrem Leben das Loch-auf-und-Loch-zu-Prinzip: Mit den gestiegenen Heizkosten hat sie für die Pellets ihr Sparbuch aufgelöst. „Zwei Jahre sparen waren für'n Hugo", wie sie verbittert sagt, „denn Zack-Bumm war das Geld weg. Vergangenes Jahr habe ich noch weniger als die Hälfte für Brennstoffe und das Beheizen der Mietwohnung gezahlt."

Auch die ganze Corona-Situation „war ein Wahnsinn für uns – 300 Euro weniger Nettolohn im Monat. Das spürt auch eine Metallerin empfindlich. Zeitweise haben wir nicht mehr gewusst, wie es weitergeht. Wir haben Urlaube verbraucht, ohne auf Urlaub fahren zu können." Viele Kolleg:innen sind sogar wegen ihres Urlaubs

„Der wirtschaftliche Druck durch mangelnde Planbarkeit, der ständige Wechsel zwischen Kurzarbeit und Mehrarbeit, das alles wird auf unseren Schultern ausgetragen", sagt Roswitha Grammer.

ins Minus gegangen. Alles in allem kein Spaß, „obwohl wir im Vergleich zu einer Friseurin oder Verkäuferin ganz gut verdienen. Und die 500 Euro Klimabonus der Regierung sind in meinen Augen ein Witz – das haben wir Steuerzahler:innen uns selbst gezahlt". Noch ein Kritikpunkt: „In anderen europäischen Ländern gibt es seit einem halben Jahr einen Preisdeckel für Energie, bei uns denkt die Regierung nur lange nach – sonst nichts." Und jetzt, wo alle Preise schon enorm gestiegen sind, wird noch die CO_2-Steuer eingeführt, das „ist an Dreistheit nicht zu überbieten", grollt die Arbeiterin.

800 Euro fürs Kochen

In der Lagerhalle ein paar Meter weiter treffen wir Yasemin (51), Verpackerin. Sie arbeitet seit vier Jahren bei Unitech als Vollzeitkraft. Sie wohnt mit ihren drei Kindern und ihrem arbeitslosen Mann im 20 Kilometer entfernten Vorchdorf. Die älteste Tochter ist ausgezogen und hat inzwischen eine eigene Familie gegründet. 25 bis 30 Minuten verbringt Yasemin täglich in ihrem PKW – in eine Richtung. Sie arbeitet Drei-Schicht – also Frühschicht, Spätschicht und Nachtschicht. „Es ist alles teuer jetzt. Das ganze Leben ist teuer", sagt sie. „Jede Woche muss ich tanken." Und 800 Euro monatlich gibt sie fürs Kochen aus, um die fünf Münder voll zu bekommen – das sind um ein Drittel oder fast 270 Euro mehr als noch vor zwei Jahren, rechnet sie vor. Von ihrem Metaller-Lohn zahlt sie auch noch den Kredit für das Haus ab, in dem sie wohnt. „Und am Ende bleiben uns nur noch mehr Kosten." Zwei Jahre haben Yasemin und ihre Familie auf Urlaub verzichtet. Stattdessen trudeln ihr „mehr und noch mehr Zahlscheine ins Haus". Gleichzeitig geht der Arbeiterin nach Corona und vier Quartalen mit Kurzarbeit allmählich die Kraft aus.

So oder so ähnlich geht es auch Marica (57). Sie ist seit fünf Jahren bei Unitech. Ihr Arbeitsplatz befindet sich neben fünf weiteren Kontrollerinnen und Verpackerinnen. Sie ist alleinstehend und hat ihren geleasten Wagen vor zwei Jahren zurückgegeben. Für offenbar zu viele gefahrene Kilometer musste sie 6.000 Euro nachzahlen. „Winterreifen, Ölwechsel, Reparaturen und all das. Ich hätte heute aus wirtschaftlichen Gründen Angst, ein Auto zu besitzen." Sie kommt seither zu Fuß in die Arbeit, und trotzdem reicht ihr Nettogehalt für die Ausgaben mitunter nicht bis zum Monatsletzten. „Ich weiß nicht, wo ich anfangen soll: Vor zwei Jahren ist meine Küche plötzlich in sich zusammengekracht. Ich habe jetzt die dritte Waschmaschine in zwei Jahren, dazu kommen die Miet- und Heizkosten, die sich in den vergangenen fünf Jahren von 300 auf 560 Euro fast verdoppelt haben. Und dann ist da noch der Kredit, der auch immer teurer wird" und den sie bis zum Antritt ihrer Pension abstottern will. Um diese finanzielle Last abzuwerfen, versucht sie Überstunden zu machen, „so viel ich kann, aber manchmal streiken die Augen. Und mehr Gehalt würde mir zwar helfen, aber wenn eine Lohnerhöhung kommt, ist die Frage, wie viel bleibt mir dann netto?" Von Massagen, Manikü̈ren oder Pedikü̈ren kann Marica nur träumen, weil „sich dieser Luxus für mich einfach nicht ausgeht".

„Die Angst ist da"

Rechts von Maricas Arbeitsplatz werkt Ivette (29). Sie ist in der 23. Woche schwanger. Geburtstermin ist Anfang Februar. Sie hat ihr Wirtschaftsstudium in der ungarischen Stadt Szeged abgeschlossen und empfindet Österreich „viel besser als ihre Heimat", zum Beispiel weil die Teuerung in Österreich erheblich niedriger ist. Sie und ihr Mann, der ebenfalls bei Unitech in der Nachbarhalle arbeitet, wollen in Österreich bleiben: „Ich habe zwar ein bisschen Angst vor der Zukunft, auch wenn das Leben in Österreich sicherer ist als in Ungarn und auch besser für Kinder, aber die Angst ist da", wie sie sagt. Und mit Kindern ändert sich bekanntlich sehr viel im Leben.

Das weiß auch Anita (28). Sie lebt mit ihrem Lebensgefährten in der Nachbargemeinde von Kirchdorf – in Micheldorf: „Ich jammere ständig zu Hause, weil Miete, Versicherung, Kredit, Heizung, Strom, Lebensmittel, Tanken und alles andere laufend teurer werden. Aber mein Freund empfindet das alles nicht als so tragisch, weil wir noch nicht verzichten." Nicht verzichten? „Naja, wir haben die Heizung zurückgedreht, und wir gehen weniger oft essen. Zum Glück koche ich gern." Was sie in der schwieriger werdenden Zeit gut findet: „Dass wir uns die steigenden Kosten teilen." So sieht das auch Roswitha (53), eine verheiratete Arbeiterin, die im ausbezahlten Eigenheim lebt und hofft, „dass die Gewerkschaft bei den Lohnverhandlungen viel für uns erreicht und dass sich die Teuerung verlangsamt – sonst wird uns nichts von den Erhöhungen bleiben".

Die Arbeiterinnen spüren die Mehrbelastungen, da zusätzlich im ländlichen Raum und vor allem für Schichtarbeiterinnen die Kinderbetreuung schwierig zu organisieren ist.

Die Facharbeiterinnen

Die Steirerin Tanja Gruber (33) hat einen sechsjährigen Sohn, und sie ist Alleinerzieherin. Sie hat ihre Laufbahn mit einer Facharbeiter:innenausbildung im Lebensmittelgroßhandel begonnen. Ihre zweite Lehre hat sie in der metallverarbeitenden Industrie absolviert. „Die Einkommen beider Branchen sind nicht vergleichbar. Die metallverarbeitende Industrie bezahlt deutlich besser." Tanja Gruber wird bei Unitech als Prozesstechnikerin eingesetzt. Sie rüstet Maschinen um, bestückt sie, tauscht Werkzeuge, behebt Störungen, prüft Teile – eine anspruchsvolle Arbeit in einer Männerdomäne. Sie ist die einzige Frau in ihrer 20 Mann starken Abteilung. Ihr Arbeitsplatz ist an 16 Maschinen in einer von drei Hallen. Ihr Gehalt ist gut, aber zu niedrig, um Ersparnisse aufzubauen. Von ihrem Salär muss sie etwa die Nachmittagsbetreuung für ihren Sohn bestreiten: Sie investiert monatlich 120 Euro für seine Betreuung inklusive Mittagessen.

Auch die vielen Tage, an denen Pädagoginnen im Kindergarten Konferenzen abhalten, beeinträchtigen den Arbeitsalltag von alleinerziehenden Müttern. Tanja Gruber zum Beispiel muss bei Bedarf nach kurzfristigen Betreuungsalternativen suchen. „Für mich bedeutet das in der Praxis, meist zu Hause bei meinem Kind bleiben zu müssen. Ich muss Urlaub oder Zeitausgleich oder Pflegeurlaub nehmen" – und auch das belaste das familiäre Budget. Sie habe ja nur zwei Wochen Pflegeurlaub. Hinzu komme, dass der Kindergarten fünf Wochen Urlaub im Jahr verbraucht. Bei Krankheiten ihres Sohnes mehren sich die Fehlstunden im Betrieb. „Das ist teuer, und das muss ich wieder hereinarbeiten. Das ist anstrengend", sagt sie.

Und auch sie spürt die Teuerung – große Anschaffungen wie etwa „meine neue Matratze hätte ich ohne die finanzielle Unterstützung meiner Eltern nicht kaufen können. Und es ist alles so teuer geworden, dass ich nichts ansparen kann, selbst wenn man so gut verdient wie ich".

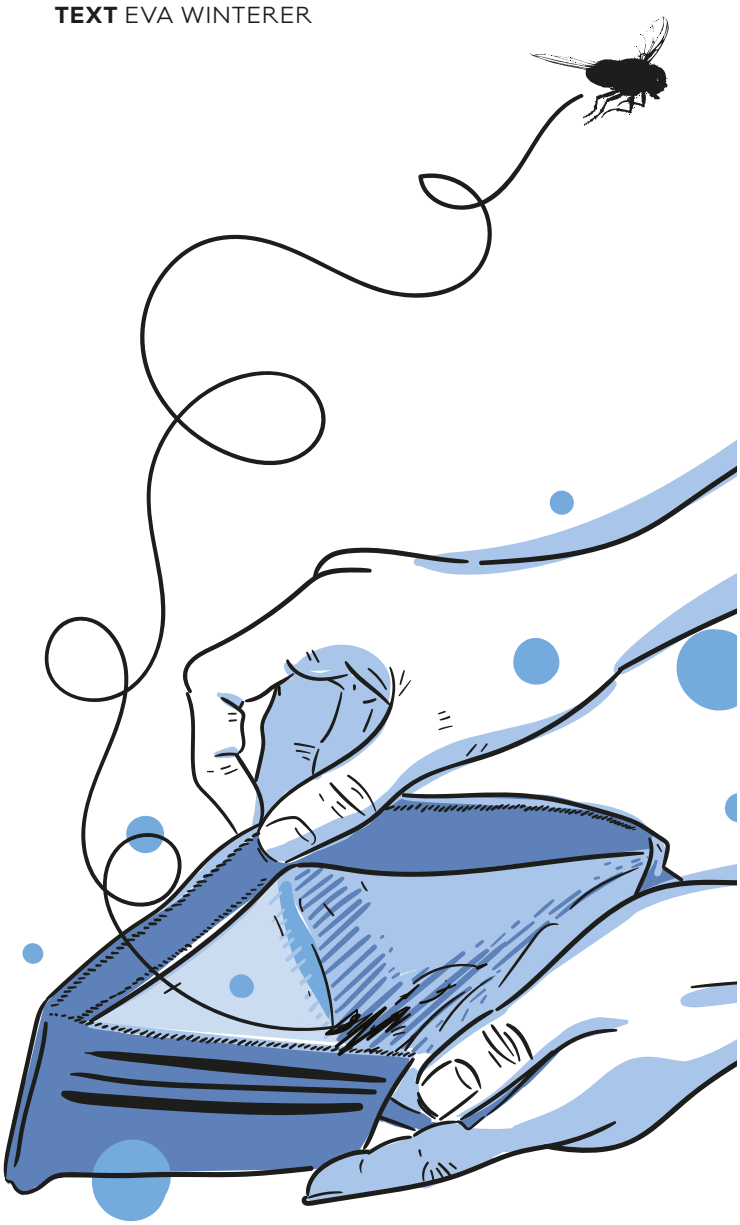
Sarah (19) ist noch unbeschwert. Sie kann sich ihre Träume erfüllen – dazu gehören das Trainieren im Fitness-Center und ihre drei Autos. Die gelernte Mechatronikerin ist seit vier Jahren im Unternehmen und arbeitet seit Mai als einzige Druckguss-Technologin inmitten von 100 Kollegen im Werk. Auch sie verdient als Facharbeiterin gutes Geld. Sie wohnt bei ihrer Mutter zur Miete und hat, abgesehen von ihren Hobbys, „kaum Ausgaben". Und doch: Jetzt, wo auch Autofahren teurer geworden ist, fährt Sarah weniger, und fast jeder, den sie mitnimmt, beteiligt sich an den Unkosten. Und einer der drei Wagen wird kommendes Jahr der Teuerung zum Opfer fallen und verkauft werden.

Loch auf – Loch zu! ◗

Teilen statt auseinanderdividieren

Wenn sich immer mehr Arbeitnehmer:innen die Frage stellen, ob sie sich den Job noch leisten können, dann läuft etwas gewaltig schief in Österreich. Dabei gebe es doch so einiges gerecht zu verteilen.

TEXT EVA WINTERER



So schnell kann es passieren. Die Autorin feilt gerade an der optimalen Einleitung. Plötzlich poppt eine Push-Nachricht von „Die Presse“ auf: „Inflationsrate bei 10,5 Prozent laut Schnellschätzung der Statistik Austria“. Das ist der höchste Stand seit Juli 1952. Hauptverantwortlich für den Anstieg der Verbraucherpreise sind Haushaltsenergie und Treibstoffpreise. Und schon unterstreicht die aktuelle Lage die Dringlichkeit des Artikels, und die digitale Feder wird nochmals schärfer gespitzt.

Es gibt einiges zu verteilen

Wie die Inflation so hat auch das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr mit +10 Prozent im 1. Quartal und +6 Prozent im 2. Quartal stark zugelegt. Für das gesamte Jahr wird aktuell ein Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent prognostiziert. „Es gibt einiges zu verteilen“, bringt es David Mum, Ökonom und Mitglied der Bundesgeschäftsführung der GPA auf den Punkt. Wer die Verluste trägt, ist nicht vorherbestimmt, sondern das Ergebnis der Verteilungsauseinandersetzung. Gerade deswegen sind die Lohnverhandlungen wichtig.

„Wie sich die Teuerung auf den Alltag der Beschäftigten und den ihrer Familien auswirkt, zeigen Gespräche mit Betriebsrät:innen, die täglich zuhören und nun für ihre Beschäftigten bei den gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen gemeinsam mit ihren Beschäftigten nachhaltige Lösungen erkämpfen wollen, die die Teuerung abgelten und ein reales Plus der Einkommen bringen“, so Mum. Arbeit&Wirtschaft hat sich in Branchen umgehört, die nicht für ihre Spitzenverdienste bekannt sind und in denen viele Teilzeitbeschäftigte sowie vor allem Frauen tätig sind.

Finanzielle Vorteile im Vordergrund

Eva Scherz, Verhandlungsleiterin der GPA für den Bereich der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ), unterstreicht die Bedeutung der diesjährigen KV-Verhandlungen. Die SWÖ vertritt die Beschäftig-

ten in den Bereichen Pflege, Kindergarten bis hin zur Jugendhilfe und Behindertenbetreuung. Für Scherz stehen neben einer deutlichen Erhöhung des Realeinkommens weitere finanzielle Vorteile für die Beschäftigten klar im Vordergrund: „Heiße Themen sind die Abschaffung der aktuell noch 16 zuschlagsfreien Mehrstunden im Durchrechnungszeitraum und die Erhöhung des Kilometergeldes auf 0,60 Euro."

Beatrix Eiletz, Betriebsratsvorsitzende der Volkshilfe Steiermark, kann das nur unterschreiben: „Nehmen wir die mobilen Dienste. Diese erhalten für ihre Fahrten ein Kilometergeld von 42 Cent. Dieses Kilometergeld wurde seit 2008 nicht mehr erhöht. Das heißt, die Mitarbeiter:innen, die mehrheitlich Teilzeit angestellt sind, zahlen die gesamte Teuerung der Treibstoffpreise aktuell aus der eigenen Tasche. Da fragt man sich dann schon, ob man sich den Job überhaupt noch leisten kann."

Jedoch betonen sowohl Scherz als auch Eiletz, dass neben der Lohnerhöhung der akute Personalmangel in sozialen Berufen ein Hauptthema für sie sei. Wichtig ist die Attraktivierung des Berufs und die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung, so Scherz. Denn das Personal sei nach 2½ Jahren Pandemie am Limit. Immer mehr verlassen die Branche. „Es braucht jetzt mehr als nur schöne Worte und Ankündigungen, dass man es ernst damit meint, die Beschäftigten im Beruf zu halten und neue Kolleg:innen zu bekommen", so Eiletz. Zu den Auswirkungen der Teuerung meint sie: „Mittlerweile ist es ja so, dass viele Teil- und Vollzeitbeschäftigte anrufen, die sagen, dass sie nicht mehr wissen, wie sie die Zahlungen begleichen sollen. Und da muss man sich schon – wenn auch provokant – die Frage stellen: Was ist uns, der Gesellschaft und vor allem auch der Politik, die Arbeit mit Menschen wert?"

Da muss man sich schon – wenn auch provokant – die Frage stellen: Was ist uns, der Gesellschaft und vor allem auch der Politik die Arbeit mit Menschen wert?", Beatrix Eiletz, Volkshilfe Steiermark

Respekt in der Gastronomie

Andere Branche, ähnliches Bild: die Systemgastronomie. Der Mindestkollektivvertrag beträgt 1.629 Euro brutto bei 40 Wochenstunden, also rund 1.300 Euro netto. „Die Arbeitsbedingungen sind schwierig. Es wird mit enormem körperlichen Einsatz unter Kälte und Hitze gearbeitet. Im ständigen Kundenkontakt werden die Kolleg:innen oft von oben herab behandelt, und es passieren Belästigungen", sagt Eva Eberhart, Betriebsratsvorsitzende der Nordsee GmbH.

Der Großteil der Kolleg:innen sind Frauen in Teilzeit. „Ich beobachte, dass mit der Teuerung und bei den geringen Löhnen Frauen vermehrt von ihren Ehemännern abhängig werden. Es fühlt sich an, als ob wir Schritt für Schritt in die 50er-Jahre zurückgehen", beschreibt Eberhart die Situation der Frauen in den Betrieben. Und es sei kein Wunder: „Stellen Sie sich vor, sie verdienen 1.300 Euro netto bei Vollzeit und müssen Glück haben, dass sie auch tatsächlich Vollzeit eingestellt werden." Zusätzlich werde in der Tourismus- und Gastronomiebranche kaum über Kollektivvertrag bezahlt. Hin und wieder, so Eberhart, seien Arbeitgeber:innen, etwa Hotels, bereit, etwas mehr zu zahlen, aber das seien lächerliche Summen. „Wenn sie 100 bis 200 Euro brutto mehr verdienen, macht das die aktuelle Situation nicht leichter", ergänzt Eberhart.

Vor diesem Hintergrund sei es kein Wunder, dass immer mehr Beschäftigte die Branche wechseln. „Daher treten wir für eine Vorziehung der KV-Verhandlungen im Herbst ein und für eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne auf 2.000 Euro. Aber natürlich muss, damit die Fachkräfte bleiben und die Branche wieder attraktiver wird, auch die Wertschätzung für die Arbeit steigen", betont Eberhart.

Schwer über die Runden kommen

Finanziell haben sich viele Beschäftigte in der Systemgastronomie noch nicht von den Folgen der Coronapandemie und der damit verbundenen Kurzarbeit erholt. Sie seien in den vergangenen Jahren schon schwer über die Runden gekommen, so Eberhart, da es bei den niedrigen Löhnen nie die Möglichkeit gegeben habe, etwas zu sparen. Jetzt stellt sich die Frage, wie sich die Beschäftigten eine Wohnung und weiter steigende Preise für Lebensmittel und Energie noch leisten können. „Wie können sie noch überleben?", fragt Eberhart.

Sie erzählt, dass sie einmal ihren Augen nicht traute, als sie auf dem Weg nach Hause einen Mitarbeiter ihres Unternehmens Essen auf dem Fahrrad ausliefern sah. Warum er das mache, fragte sie ihn. Die Antwort: Weil er sich mit einem 40-Stunden-Job einfach das Leben nicht mehr leisten könne. „Stellen sie sich das vor! Wir leben mitten in Europa, und es gibt Menschen, die Vollzeit arbeiten und sich dennoch das Leben nicht mehr leisten können", bringt die Betriebsratsvorsitzende die tägliche Verteilungsauseinandersetzung auf den Punkt. ◗

Einen schlechten Job gemacht

Gegen Arbeitskräftemangel hilft kein Klagen, sondern – wie eine neue WIFO-Studie zeigt – Qualifizierung! Doch Unternehmen lassen das schlummernde Potenzial ihrer Mitarbeiter:innen oft ungenutzt. Warum eigentlich?

TEXT STEFAN MAYER

In gutes Personal muss man investieren, zeigt sich Eveline Pupeter, Eigentümerin und CEO von Emporia Telecom in Linz und ehemalige Vortragende für wirtschaftliche Mitbestimmung an der Gewerkschaftsschule, überzeugt. Dass sich Investitionen in das Personal lohnen, erkennen allerdings nicht alle Betriebe in Österreich. Viele jammern lieber, dass sie kein ausreichend gut qualifiziertes Personal haben. Gerne wird dabei vergessen, den potenziellen neuen Mitarbeiter:innen attraktive Angebote in Form von ansprechender Belohnung, Weiterbildung oder Qualifizierung zu machen. Ein Fehler mit Zukunft! Aus demographischen Gründen wird das Arbeitskräfteangebot weniger stark wachsen, wie die neue WIFO-Studie „Qualifizierung als Mittel zur Hebung der Beschäftigungsquote“ festhält. Die Beschäftigungsquote in Österreich lag 2021 bei 72,4 Prozent. Im EU-Vergleich fehlt einiges auf Spitzenreiter Niederlande, und zwar 7,7 Prozent. Die Gründe hierfür? „Es braucht eine Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere, die Herstellung alters- und alternsgerechter Arbeitsbedingungen, einen Ausbau von hochwertiger und leistbarer Kinderbetreuung sowie von Pflegedienstleistungen für pflegebedürftige Angehörige zur Erleichterung der Vereinbarung von Beruf und Familie“, sagt WIFO-Studienautorin Ulrike Huemer.

Europameister im Ausgrenzen

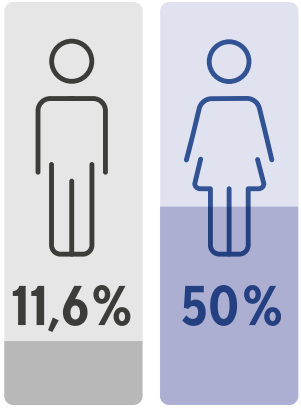
Österreich produziert seinen angeblichen Fachkräftemangel also selbst, denn zur ausbaufähigen Beschäftigungsquote kommt eine Ausgrenzungsquote am Arbeitsmarkt von neun Prozent. Das ist doppelt so hoch wie im EU-Schnitt. „Tatsächlich ist die

Teilzeitquote mit 29,4 Prozent sehr hoch. Österreich liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt. Bei einer näheren Geschlechterbetrachtung wird ersichtlich, dass rund 50 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten und nur 11,6 Prozent der Männer“, sagt Miriam Baghdady aus dem volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB. Baghdady betont die fehlenden, unzureichenden und oft kostenpflichtigen Betreuungsangebote für Kinder, die viel dazu beitragen, dass Österreich den restlichen EU-Staaten im negativen Sinne weit voraus ist. Und auch der AK-Wohlstandsbericht hakt hier ein und fordert flächendeckende und leistbare Kinderbetreuung und Elementarbildung. Außerdem sollten überlange Arbeitszeiten ins Visier genommen werden und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen. Ein Problem in vielen KMUs ist ein anderes, nämlich fehlende Schulungen und Weiterbildungen der Mitarbeiter:innen. Gutes Personal scheint einigen Betrieben nicht allzu wichtig zu sein, wie aus einer AK-Wien-Aussendung aus diesem Mai zu erfahren ist. Mitarbeiter:innen müssen vermehrt selbst in die Taschen greifen, wenn sie zusätzliche Qualifikationen erlangen möchten. Von 2009 bis 2018 ging der Anteil an der betriebsfinanzierten Weiterbildung von 41 auf 31 Prozent zurück, hingegen stieg der selbst bezahlte Anteil der Arbeitnehmer:innen im selben Zeitraum von 29 auf 42 Prozent. Die Beschäftigten finanzierten sich somit ihre Weiterbildung selbst. Und der Betrieb oder das Unternehmen profitierten davon. „Nicht nur politische Maßnahmen sind an dieser Stelle notwendig. Auch Unternehmen müssen hinterfragen, warum sie aktuell einen Fachkräftebedarf haben. In den letzten Jahren gab es immer weniger Betriebe, die bereit waren, Lehrlinge auszubilden. Aber wer gut ausgebildete Fachkräfte will, muss auch in deren Ausbildung investieren. Personalplanung muss strategisch und auf lange Sicht angelegt werden“, meint Baghdady.

In gutes Personal muss man investieren, zeigt sich Eveline Pupeter, Eigentümerin und CEO von Emporia Telekom, überzeugt. Dabei geht es darum, Potenziale zu erkennen, und um interne Weiterbildung.

Teilzeit bei Männer und Frauen

Quelle: Eurostat, 2022



Angewandte Wertschätzung

Dass man für gute Mitarbeiter:innen Geld in die Hand nehmen muss, verstehen manche Unternehmen aber sehr wohl. Emporia in Linz ist so eines. Hier bestehen für das Personal Chancen sich weiterzubilden und auch intern in andere Abteilungen zu wechseln, wie das Beispiel einer Mitarbeiterin zeigt. „Eine aus der Mongolei stammende Kollegin mit Bleiberecht in Österreich hat sich ganz regulär bei uns für eine Arbeit im Lager beworben. Als sie dann bei uns zu arbeiten anfing, ist sie nach kurzer Zeit an uns herangetreten und hat erzählt, dass sie in Ulan Bator einen Wirtschaftsabschluss gemacht hat und sie gerne in der Buchhaltung aushelfen würde“, erzählt Eigentümerin Pupeter. Die Kollegin bekam die Chance sich zu beweisen. Zu Beginn „schnupperte“ sie einen Nachmittag pro Woche. „Nach einigen Tagen fragte der Leiter der Buchhaltung, ob man die Kollegin zur Gänze in die Abteilung übernehmen könnte“, so Eveline Pupeter. Nachdem kurze Zeit später aufgrund einer Schwangerschaft ein Platz frei wurde, wechselte die Kollegin aus dem Lager vollständig in die Buchhaltung. „Mittlerweile ist die Mitarbeiterin so weit, dass sie bereits die Ausbildung zur Bilanzbuchhalterin macht“, sagt eine sichtlich stolze Unternehmenschefin. Potenzial ist bei den österreichischen Fachkräften also vorhanden. Mehr Unternehmen müssen umdenken und Beschäftigte nicht als Kostenfaktor sehen, sondern ihren wesentlichen Beitrag zum Unternehmenserfolg wertschätzen. Das umfasst auch Abschlüsse bei den Kollektivvertragsverhandlungen, die einerseits einen weiteren Reallohnverlust vermeiden und dem Arbeitskräftemangel in Unternehmen entgegenwirken. ◗

Wer zahlt, schafft an!

Wer reich ist, hat mehr politischen Einfluss. Deswegen setzt die Politik auch verstärkt die Interessen der Vermögenden um. Wer nicht dazugehört, ist von den Entscheidungsträgern zunehmend frustriert und buchstäblich arm dran!

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Wie demokratisch ist Österreich? Die Antwort auf die Frage hängt in erster Linie davon ab, wie viel Geld die Person hat, die sie sich stellt. Zwei Zahlen untermauern, wie weit die Schere auseinandergeht. Ob die Politik etwas für einen persönlich tun kann, bejahen 70 Prozent der Menschen aus dem oberen Einkommensdrittel in einer SORA-Umfrage, aber nur 18 Prozent aus dem unteren Einkommensdrittel. Hier glauben dafür 84 Prozent der Wähler:innen für Politiker:innen nur Menschen zweiter Klasse zu sein. Ein Gefühl, das im oberen Einkommensdrittel bei nur 17 Prozent herrscht.

Diese Statistiken sind Indikatoren eines gefährlichen Trends. Nach der wirtschaftlichen konzentriert sich auch die politische Macht bei den finanziellen Eliten im Land. „Eigentlich sollten Vermögende nicht mehr Einfluss auf die Politik haben als andere. Das ist der Anspruch unserer Demokratie. Aber die Praxis zeigt eindeutig, dass es anders ist. Vermögende haben auf unterschiedliche Weise viel mehr Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen“, diagnostiziert Julia Hofmann von der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik in der Arbeiterkammer. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem soziale Ungleichheit und Verteilungsfragen.

Reiche Menschen haben aus drei zentralen Gründen mehr Einfluss auf die Politik: bei den Wahlen selbst, durch Lobbying und durch direkten Einfluss. Bei Wahlen sind Wohlhabende deswegen überrepräsentiert, weil sie mehr Vertrauen in die Politik haben und deswegen häufiger an die Urne gehen. 83 Prozent aller Menschen aus dem oberen Einkommensdrittel nehmen ihr Wahlrecht wahr. Im unteren Drittel gehen mehr als 30 Prozent gar nicht mehr wählen.

Vermögend und einflussreich

Erfolgreiches Lobbying setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: zum einen durch eine Spende. „Man spendet nicht einmal 50.000 Euro, und dann wird daraus eine Politikmaßnahme. Aber es hinterlässt einen bitteren Beigeschmack, wenn sich jemand besonders stark für den Zwölf-Stunden-Tag einsetzt, dabei fleißig spendet, und dann kommt das Gesetz“, erläutert Hofmann. Die zweite Komponente sind die Kontakte in die Politik. Vermögende kennen die verantwortlichen Politiker:innen von Firmenevents oder anderen Veranstaltungen. Sie haben viel mehr Möglichkeiten, direkt ins Gespräch zu kommen. Und sie können sich Lobbyisten leisten. Allein in Brüssel arbeiten 50.000 davon, rechnet Hofmann vor. Um dieses Problem zu beseitigen, müsste sich die Politik selbst verschärfte Transparenz-Regelungen auferlegen.

Der dritte Faktor ist der indirekte Einfluss. Vermögende und Unternehmer:innen müssen nicht selbst in Erscheinung treten. Sie statten neoliberale Thinktanks, Institute und andere Netzwerke mit soliden Finanzpolstern aus. Deren Ergebnisse werden in Medien platziert und – wie man im vergangenen Jahr erfahren hat – gerne auch mit Anzeigengeschäften verbunden. Ein signifikantes Beispiel: In der Gesellschaft gibt es eine klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – in den Medien spiegelt sich dies allerdings kaum wider.

Waldbesitzer und Nachtskiläufer

In der Politik kann sich das auf zwei Arten bemerkbar machen, zum Beispiel indem Gesetze beschlossen und Entscheidungen getroffen werden, die im Sinne des oberen Einkommensdrittels sind. In den vergangenen Jahren waren das etwa die Einführung des Zwölf-Stunden-Tags, Coronahilfen für Waldbesitzer, ein Energiebonus für Nachtskilauf unter Flutlicht am Arlberg trotz Energiekrise und das Freihandelsabkommen TTIP. Hier haben vor allem Wohlha-

„Reiche Menschen haben aus drei zentralen Gründen mehr Einfluss auf die Politik: bei den Wahlen selbst, durch Lobbying und durch indirekten Einfluss", führt Julia Hofmann aus.

bende und deren Unternehmen ihre Interessen durchgesetzt.

Noch viel deutlicher sei der Einfluss bei Themen, die nicht umgesetzt werden, führt Hofmann weiter aus. So seien beispielsweise offshore gebunkerte Vermögen, kreative Steuervermeidung und Steuerparadiese seit Jahren ein bekanntes Problem, doch dagegen unternommen werde nichts. „Es geht hier", sagt Julia Hofmann, „um eine langfristige Tendenz. Wer kann den Staat gestalten? Wer hat die Macht? Wer hat sie nicht?" Und in der Folge stellt Hofmann eben auch die Frage: Für welche Anliegen wird diese Macht genutzt? „Der Durchschnitt der Bevölkerung hat das Gefühl, dass es zu viel Ungleichheit gibt und dass die Ärmsten unterstützt werden müssen. Die Eliten glauben nicht, dass es dieses Problem gibt, weil sie es aus dem eigenen Umfeld nicht kennen. Und wenn doch, dann glauben sie eher stärker, dass Armut selbst verschuldet ist." Nicht alle Politiker:innen seien ausschließlich im Interesse des Kapitals unterwegs, betont Hofmann, doch gebe es eben das Problem der verzerrten Wahrnehmung.

Wenn aber das obere Einkommensdrittel einerseits einen deutlich größeren Einfluss auf die Politik, andererseits aber ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit hat, verstärkt das nur das Gefühl der Menschen, dass die Politik sich von ihnen entfremdet. „Wenn man die Gesellschaft ganz anders wahrnimmt, übersetzt sich das in politische Einstellungen."

„Eigentlich sollten Vermögende nicht mehr Einfluss auf die Politik haben als andere. Das ist der Anspruch unserer Demokratie."

Julia Hofmann, AK-Wirtschaftswissenschaftlerin

Zu viele Bauern, zu wenige Frauen

Das verschärft natürlich das Problem des Vertrauens in die Politik. „Wir haben eine ziemlichen Verzerrung der Wirklichkeit, was die Besetzung des Parlaments in Österreich betrifft. Und das in vielerlei Hinsicht. Der Nationalrat repräsentiert nicht den Durchschnitt der Bevölkerung." So gebe es zu wenige Frauen, zu wenige Menschen mit Migrationshintergrund, zu wenige junge Menschen und eben auch zu wenige Personen aus dem unteren Einkommensdrittel, erläutert Hofmann. Dafür sind acht Prozent der 183 Abgeordneten Landwirte – diese repräsentieren jedoch nur drei Prozent der österreichischen Bevölkerung.

Durch Repräsentation allein lasse sich das Problem nicht lösen, macht Hofmann ebenfalls deutlich. Bei den Zahlen sei nicht mit einkalkuliert, dass 1,4 Millionen Menschen in Österreich gar nicht stimmberechtigt sind, weil sie keinen österreichischen Pass haben. Deren Realität werde in der österreichischen Politik gar nicht abgebildet. Viele davon gehören dem unteren Einkommensdrittel an. Ein Drittel der AK-Mitglieder gehört zu dieser Gruppe, weswegen die AK hier eine ganz besondere Verantwortung in Sachen Repräsentation hat.

Das Problem, dass reiche Menschen mehr Einfluss auf die Politik haben und überrepräsentiert seien, habe keine Partei exklusiv, wie Hofmann betont. Zwar gebe es (noch) keine empirischen Analysen zu diesem Thema für Österreich, doch glaubt Hofmann, dass Geld eben dort versucht Einfluss zu nehmen, wo die Macht zu Hause ist. ◗

Zuckerbrot ohne Peitsche

Unternehmen machen ungewohnte Erfahrungen: Die Work-Life-Balance wird zunehmend wichtiger als eine hohe Bezahlung. Ein Paradigmenwechsel? Jein, denn noch sieht die Realität für viele Arbeitnehmer:innen ganz anders aus.

TEXT ALEXIA WEISS

Im Jahr 2021 arbeiteten noch mehr als 600.000 Beschäftigte länger als 40 Stunden in der Woche, ein Teil von ihnen sogar mehr als 60 Stunden. Das waren 15,7 Prozent der Arbeitnehmer:innen, wie aus dem eben veröffentlichten Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer hervorgeht. Das ist zwar eine Verbesserung gegenüber 2011, als der Anteil der Vielarbeiter:innen noch 20,8 Prozent betrug. Doch vom Ziel eines Anteils an Beschäftigten mit Wochenarbeitszeiten jenseits der 40 Wochenstunden von fünf Prozent ist man damit immer noch weit entfernt.

Dass so viele Menschen immer noch so viele Stunden arbeiten, dazu hat die frühere ÖVP-FPÖ-Regierung unter dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz substanziell beigetragen. Obwohl Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Gesundheitsexpert:innen im Begutachtungsverfahren für eine neue Arbeitszeitregelung darauf hinwiesen, wie gesundheitsschädlich zu lange Arbeitszeiten seien, entsprachen Volkspartei und Freiheitliche den Wünschen von Wirtschaft und Industrie. Die Arbeitszeitgesetz-Novelle von 2018 ermöglichte den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche.

Schwache Scheinargumente

Anfragen dazu werden nach wie vor in den Beratungen gestellt, erzählt Gerhard Bremm, Leiter des Kompetenzzentrums Betriebliche Interessenvertretung in der AK Oberösterreich. Meist geht es dann um nicht geleistete Überstundenentlohnungen. Gesellschaftspolitisch sei diese unter dem Schlagwort „Arbeitszeitflexibilisierung" durchgepeitschte Novelle „äußerst problematisch", so Bremm. Warum? „Der Arbeitgeber besitzt seither die Möglichkeit, Überstunden anzuordnen, wann immer er oder sie will. Die Aussage, dass Überstunden nur auf freiwilliger Basis absolviert werden müssen, ist unter Berücksichtigung der tagtäglichen Praxis leider ein schwaches Scheinargument."

Begünstigt wird dieses Einfordern von Arbeitgeberseite durch die angespannte Personalsituation – Stichwort: Arbeitskräftemangel. Viele Betriebe sind auf der Suche nach Mitarbeiter:innen. Bis diese gefunden sind, muss die bestehende Belegschaft einspringen. Aus den Arbeitsklimaerhebungen wisse man, dass Arbeitnehmer:innen in der ersten Phase auch versuchen, die zusätzlichen Anforderungen zu erfüllen, sagt Rudolf Moser aus dem Team Sozialpolitik der AK Oberösterreich. Das funktioniere aber nur kurzfristig. „Manche Beschäftigten reagieren dann, wenn die gesundheitlichen Belastungen sich in Erkrankungen manifestieren. Andere erkennen früher, dass sie gravierende Veränderungen im Beruf brauchen, wenn sie nicht krank werden wollen. Die Folge davon ist, dass vermehrt Beschäftigte zumindest den Betrieb, viele aber gleich den Beruf und die Branche wechseln."

Selbstbewusst und schnell weg

Das beobachtet auch die Expertin für New Work, Lena Marie Glaser, die eben das Buch „Arbeit auf Augenhöhe" veröffentlicht hat. „Es gibt vor allem bei der jüngeren Generation, bei Menschen in ihren Zwanzigern und Dreißigern, eine Verschiebung der Werte. Sie fordern von ihren Arbeitgebern schon im Bewerbungsgespräch selbstbewusst ein, dass diese ihnen entgegenkommen. Fühlen sie sich nicht wertgeschätzt und gehört, sind sie nach kurzer Zeit wieder weg."

Priorität habe für diese Generation mehr Lebensqualität und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit, Familie und Freund:innen. Die Gründe dafür seien komplex, so Glaser. „Einerseits sieht man, dass man sich selbst mit hohen Arbeitszeiten das Eigenheim nicht mehr kaufen kann. Diese Generation hat aber auch erlebt, dass ihre Eltern kaum Zeit hatten für die Familie. Das wollen sie für sich selbst nicht. Und dann gibt es immer mehr Menschen, die schon mit Anfang 30 im oder fast im Burnout sind. Und

sie fragen sich: Wie soll sich das ausgehen, wenn ich noch 30 Jahre genauso arbeiten soll?“

Das Ausgebranntsein wiederum lasse sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. Einer davon sei die ständige Beschleunigung, auch durch digitale Technologien. Ein anderer die ständige Erreichbarkeit, die von vielen Unternehmen eingefordert werde. „Und viele Menschen fühlen sich nicht gesehen; es wird über sie, aber nicht mit ihnen entschieden“, erzählt Glaser, die sowohl Arbeitnehmer:innen als auch Unternehmen berät und auch zum Thema Arbeitsbedingungen forscht. Sie beobachtet auch, dass die Flexibilisierung von Arbeitszeit zwar einerseits von vielen gewünscht werde, andererseits dann aber meist dazu führe, dass noch mehr gearbeitet wird. Sie plädiert dafür, Jobs so zu gestalten, „dass sie nicht die ganze Lebensenergie und Kraft nehmen, dass man in Einklang mit den eigenen Bedürfnissen leben kann“.

„Das ist das Beste, was mir passieren konnte. Ich habe an Lebenszeit gewonnen und in Wahrheit finanziell nichts verloren.“

Manfred Hippold, Vorsitzender Arbeiter:innenbetriebsrat voestalpine Linz zitiert einen Mitarbeiter zum neuen Schichtmodell

Den Ruf nach kürzeren Arbeitszeiten, nach einer besseren Work-Life-Balance, nach neuen Formen, Arbeit zu gestalten – New Work eben –, gibt es schon seit vielen Jahren. David Mum, Mitglied der Bundesgeschäftsführung der Gewerkschaft der Privatangestellten, weist hier auf ein Paradoxon hin. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wäre es wichtig, die bestehende Arbeit auf möglichst viele Menschen aufzuteilen – dass der Einzelne also weniger arbeite. Doch damit dringe man als Arbeitnehmer:innenvertretung dann schlecht durch. Doch jetzt, in einer Zeit, da Firmen dringend nach Mitarbeiter:innen suchen, sehe man, dass man den Bewerber:innen entgegenkommen müsse.

Mit dem „90 für 80“-Modell wollte die GPA vor zwei Jahren der Arbeitslosigkeit etwas entgegensetzen. „90 für 80“ bedeutet: Wenn vier Arbeitnehmer:innen ihre Arbeitszeit freiwillig auf 80 Prozent reduzieren und dafür eine fünfte Person aufgenommen wird, wird das Gehalt auf nur 90 Prozent reduziert. Die Differenz trägt dann zwei Jahre lang das Arbeitsmarktservice. Dieses Konzept erweiterte das bereits zuvor bestehende Solidaritätsprämienmodell. „Mittlerweile müssen aber Unternehmen attraktiver werden und bieten von sich aus zum Beispiel die Vier-Tage-Woche an, um sich als attraktive Arbeitgeber zu präsentieren – ganz ohne AMS-Förderung“, konstatiert Mum. Und ergänzt: „Idealerweise wird dabei nicht dieselbe Arbeit statt an fünf an vier Tagen erledigt, sondern die wöchentliche Arbeitszeit entsprechend gekürzt.“

Die Vier-Tage-Woche passt für einige, aber nicht für alle. Es gehe insgesamt darum, die Bedürfnisse von Mitarbeiter:innen und

Der Arbeitskräftemangel bedingt, dass Unternehmen attraktiver werden müssen, so David Mum. Bei einer Vier-Tage-Woche werde idealerweise die Arbeitszeit tatsächlich verkürzt und nicht von fünf auf vier Tage verteilt.

Unternehmen unter einen Hut zu bringen, betonen Mum und Glaser. Die Voestalpine zeigt an ihrem Standort Linz schon seit vielen Jahren, wie das sogar im Schichtbetrieb gut gelingen kann.

Heißes Eisen

Manfred Hippold ist Vorsitzender des Arbeiter:innenbetriebsrats der Voestalpine Linz sowie stellvertretender Vorsitzender des Zentralbetriebsrats des Unternehmens. Er berichtet, dass man 1995 begonnen habe, die Schichtmodelle zu ändern – seit 2005 gebe es hier flächendeckend eine neue Arbeitsorganisation. Mit der Neuorganisation des Schichtbetriebs ging auch eine Arbeitszeitverkürzung einher. Die nunmehrige Wochenarbeitszeit unterscheidet sich aber je nach Schichtmodell, das in jedem Produktionsbereich ein bisschen anders ausfällt. Wie dieses genau ausgestaltet wurde, darüber haben vor der Einführung jeweils die Arbeiter:innen des jeweiligen Unternehmensbereichs abgestimmt.

Die Frühschicht beginnt nun um sechs Uhr und endet um 14 Uhr. Die Mittagsschicht dauert von 14 bis 22 Uhr, die Nachtschicht von 22 bis sechs Uhr. Es gibt nun Produktionsbereiche, in denen die Arbeiter:innen zwei Tage in der Früh-, zwei Tage in der Mittags- und zwei Tage in der Nachtschicht arbeiten. Danach haben sie vier Tage frei. Andere wiederum arbeiten je drei Tage in jeder Schicht, haben danach drei Tage frei sowie weitere 40 freie Tage über das Jahr verteilt. Die Wochenarbeitszeit bewege sich je nach Modell um die 35 Wochenstunden. „Es gibt jedenfalls keinen Schichtarbeiter mehr bei uns, der 38,5 Stunden arbeitet“, betont Hippold.

Anfangs habe es Bedenken wegen Reallohnverlusten aufgrund der verringerten Arbeitszeit gegeben. Doch diese hätten sich nicht bewahrheitet. Zunächst habe das Solidaritätsprämienmodell des AMS gegriffen, danach bereits die jährlichen Erhöhungen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen. Ein Mitarbeiter, der sich zunächst kritisch geäußert hatte, sei nach einem Jahr im neuen Schichtmodell zum Betriebsrat gekommen und hat gesagt: „Das ist das Beste, was mir passieren konnte. Ich habe an Lebenszeit gewonnen und in Wahrheit finanziell nichts verloren.“

Gewinner auf allen Seiten

Gewonnen hätten aber nicht nur die Mitarbeiter:innen, die nun zum Beispiel weniger Nachtschichten absolvieren müssten, gewonnen habe auch das Unternehmen. „Die Mitarbeiter:innen sind nun gesünder. Weil teils Nachtarbeit und vor allem Überstunden wegfallen, sind die Krankenstände zurückgegangen“, betont der Betriebsrat.

Genau darauf zielt auch eine gute Work-Life-Balance ab, macht Eva Mandl, die in der AK Oberösterreich für den Bereich Arbeitsbedingungen zuständig ist, klar: „Arbeitszeit ist viel mehr als nur die Dauer, es geht auch um die Frage der Lage (Schichtarbeit, Nachtarbeit), die Verteilung (Ruhezeiten, Erreichbarkeit, Wochenendarbeit), die Planbarkeit (Dienstpläne, Einspringen) und den Dispositionsspielraum.“ Letzteres ist die Möglichkeit von Mitarbeiter:innen, selbst zu entscheiden, welche für sie die beste Lösung ist. Für die einen sei die Vier-Tage-Woche ideal, andere wiederum kommen mit fünf kürzeren Arbeitstagen besser zurecht.

Doch wie kommen wir da nun gesamtgesellschaftlich hin? Christian Dunst, Arbeitszeitrechtsexperte in der AK Wien, fordert hier zunächst die Rücknahme der 12- und 60-Stunden-Regelung, denn es gebe Branchen, wo die Ausschöpfung dieser Möglichkeit heute sogar nicht die Ausnahme, sondern die Regel sei. Als Beispiel nennt er den Tourismus. Die tägliche Arbeitszeit sollte wieder – wie bis 2018 – zehn Stunden, die Wochenarbeitszeit 50 Stunden nicht überschreiten.

Darüber hinaus gebe es von Arbeitnehmer:innenseite den Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung. Dunst spricht hier von einer „gesunden Vollzeit“. Es gehe so in Richtung einer 35-Stunden-Woche, wenngleich sich die AK hier noch nicht auf eine bestimmte Stundenanzahl festlegen will. Klar sei aber: So begrüßenswert die Vier-Tage-Woche sei – wenn der einzelne Tag dann zehn Arbeitsstunden habe, sei dies unglaublich belastend. Ohne nachhaltige Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich gehe das nicht.

Zeitwohlstand bedeute aber auch, Urlaub nehmen zu können. Hier wünscht sich die AK das leichtere Erreichen der sechsten Urlaubswoche. Diese gibt es derzeit erst nach 25 Jahren in einem Betrieb, an Vordienstzeiten können bis zu fünf Jahre angerechnet werden. Da der Arbeitsmarkt aber heute von hoher Fluktuation geprägt sei, brauche es hier neue Regelungen. Anknüpfen könnte man hier zum Beispiel bei den Anrechnungsbestimmungen, „indem alle Vordienstzeiten angerechnet werden“. ◗

BLOG

Arbeit&Wirtschaft

Leonhard Plank, Senior Scientist Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik, TU Wien
Cornelia Staritz, Tenure Track Professorin für Entwicklungsökonomie,Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien

Zusammengefasst von Eva Winterer

Öffentliche Beschaffung – sozial und ökologisch

Rund 18 Prozent des BIP beträgt das Einkaufsvolumen des öffentlichen Sektors in Österreich. Das bedeutet eine hohe Einkaufsmacht. Die Vergabe von lukrativen Aufträgen und den Zugang zu diesen an die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu binden wäre ein wirkungsvoller Hebel zur Verbesserung der Produktionsbedingungen. Dazu benötigt es politischen Willen. Neu ist die Idee nicht. Selbst in als wirtschaftsliberal bekannten Ländern war diese Vorgangsweise im 19. Jahrhundert keine Besonderheit. So wurden etwa 1840 in den USA öffentliche Aufträge an den Zehn-Stunden-Arbeitstag geknüpft, und in England verabschiedete das britische Unterhaus 1891 eine Resolution, die öffentliche Stellen dazu verpflichtete, in allen Verträgen mit privaten Unternehmen Klauseln zur Zahlung fairer Löhne zu verankern. Im 20. Jahrhundert wurde auf die lenkende Wirkung weitgehend verzichtet. Die soziale und ökologische Dimension galt als „vergabefremdes" Kriterium, das den etablierten Grundsätzen des öffentlichen Auftragswesens – etwa Effizienz, Transparenz, Gleichbehandlung – in die Quere kommen könnte. Erst im letzten Jahrzehnt, ausgehend von einer EU-Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung, wurden die vormals „vergabefremden" Kriterien zu einem zentralen Element aufgewertet. Internationale Beispiele belegen, dass ein Umdenken nicht nur möglich, sondern auch umsetzbar ist. So zeigt Schweden, wie eine erfolgreiche Institutionalisierung funktioniert, und Electronic Watch wählte einen sektorspezifischen Ansatz zur Bündelung und Koordinierung öffentlicher Auftraggeber im Bereich der IT-Beschaffung, um große Oligopolisten der Elektronikfertigung stärker in Richtung sozialer Standards zu verpflichten. Und in Österreich? In Österreich gibt es auf Bundesebene bisher keine ernsthaften Bemühungen. Zwar wurden insbesondere im Bereich ökologischer Beschaffung Schwerpunkte gesetzt, Initiativen zur sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung sind jedoch weniger systematisch implementiert und finden meist auf lokaler und regionaler Ebene statt. Damit es keine kleinen Inseln im Meer „organisierter Verantwortungslosigkeit" (Ulrich Beck) bleiben, braucht es auch für soziale Kriterien von der Bundesebene abwärts klare Ansagen und Zielsetzungen, wie es bereits teilweise im Bereich ökologischer Beschaffung passiert. Denn sonst lässt man das Potenzial ungenutzt, Produktionsbedingungen in globalen Wertschöpfungsketten zu verbessern.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Reichhaltiges Österreich

Bildung, Vermögen und Wohlstand werden vererbt. Die Energiekrise dürfte die Kluft zwischen Arm und Reich noch vergrößern. Notwendig sind jetzt faire Lösungen – von der Lohn- über die Energie- und Steuer- bis zur Europapolitik. Und die bitte dringend!

TEXT HEIKE HAUSENSTEINER

Ob blond, ob braun, das Aussehen eines Menschen wird vererbt. Ähnlich verhält es sich mit Bildung und Vermögen. Das gilt jedenfalls für Österreich und viele andere Länder. Die Coronapandemie und die Energie- und Teuerungskrise als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben das deutlich gezeigt. Reparaturen sind aber möglich und dringend notwendig. Zu diesem Ergebnis kommen nationale wie internationale Studien.

Reichtum – oder eben der Mangel daran – hat große Auswirkungen auf die Lebenschancen einer Person. Und EU-weit klafft ein enormes Vermögensgefälle, das geht aus einer bereits vor Beginn der Pandemie durchgeführten Untersuchung des Bruegel-Instituts hervor. Die wirtschaftspolitische Denkfabrik in Brüssel hat dazu die Verteilung des Haushaltsvermögens in den EU-Mitgliedsstaaten sowie die Rolle des Vermögens bei der sozialen Mobilität – ob es also zu einem gesellschaftlichen Auf- oder einem Abstieg kommt – analysiert.

Millionäre und vermietete Personen

Die Resultate bestätigen, dass der Hintergrund der Eltern über Bildung und Vermögen der Kinder und späteren Arbeitnehmer:innen entscheidet. Für die Reichsten in der EU werden beträchtliche Einkommen durch selbstständige Geschäfte, Finanzvermögen und Immobilien erwirtschaftet. Am wenigsten wohlhabend sind eher junge, einkommens- und vermögensschwache, arbeitslose und „vermietete" Personen (durch Arbeitskräfteüberlassung, Anm.) mit laufenden Krediten. Weniger als ein Fünftel der Menschen mit negativem Nettovermögen sind Hausbesitzer mit Hypotheken.

Die Politik müsse faire und effiziente Möglichkeiten zur Erhöhung des Wohnungsangebots in Städten unterstützen, den öffentlichen Verkehr verbessern und Anreize für Telearbeit schaffen, um die Nachfrage in überfüllten Stadtzentren zu verringern, heißt es in der Bruegel-Studie. Ein Gleichgewicht zwischen der Förderung von Wohneigentum und der Bereitstellung von Sozialwohnungen sei unerlässlich. Angeregt wird zudem eine verpflichtende Vermögenserklärung und die Förderung der Finanzkompetenz.

Wohlstand unter Druck

Die EU-weiten Ergebnisse decken sich mit aktuellen Analysen von Arbeiterkammer und Gewerkschaft. Der bisher relativ hohe Wohlstand hierzulande gerät durch die internationalen Verflechtungen seit 24. Februar 2022 ganz besonders unter Druck. Die allgemeine Lebenszufriedenheit und physische Sicherheit im Land sind nach wie vor hoch. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen ist einzigartig. Hinsichtlich Bildung, Gesundheit und leistbaren Wohnens muss Österreich jedoch seine Anstrengungen erhöhen, finden auch die Arbeitnehmervertretungen. Kopfzerbrechen bereitet ihnen vor allem die Armutsgefährdung.

„Fossile Energien werden nun einmal überwiegend von autoritären Regimen kontrolliert, und diese sind unzuverlässig wie das Wetter."

Joseph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger

„Es ist inakzeptabel, dass die Arbeitnehmer:innen für die gesamte Teuerungswelle aufkommen müssen", betont Bettina Csoka, AK Oberösterreich.

Massive staatliche Hilfen sowie funktionierende Sozialpartnerschaft und Zivilgesellschaft konnten zwar negative Folgen der Covid-19-Krise stark abfedern, aufgrund des Energiepreisschocks drohen jedoch breite Wohlstandsverluste. Besorgniserregend sind laut der Studie das Sinken der real verfügbaren Haushaltseinkommen ebenso wie die Vermögenskonzentration. Das verschärft die bisherigen strukturellen Probleme wie die ungleiche Verteilung von Einkommen zwischen Frauen und Männern.

Zu den Lösungsansätzen zählen staatliche Eingriffe in den Markt wie gezielte Preiskontrollen und etwa ein Rechnungsdeckel auf Strom und Heizkosten. Eine Übergewinnsteuer sollte für Energiekonzerne eingeführt, die internationale Preisbildung auf dem europäischen Energiemarkt müsste neu geregelt werden. Da der sozial-ökologische Umbau in der Vergangenheit verabsäumt wurde, müsste er jetzt umso rascher beschleunigt und speziell der Gewinn erneuerbarer Energien ausgebaut werden.

Schwere energiepolitische Fehler

Kritik an diesen Versäumnissen übte Ende September auch der US-Ökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz bei mehreren Auftritten in Wien. Eine Übergewinnsteuer befürwortet er eindeutig: Es könne nicht sein, dass Menschen oder Unternehmen bankrottgehen, weil Länder wie Deutschland und Österreich schwere energiepolitische Fehler gemacht haben – nämlich viel zu stark auf russisches Gas gesetzt haben.

„Fossile Energien werden nun einmal überwiegend von autoritären Regimen kontrolliert", und diese seien unzuverlässig „wie das Wetter". Diese Krise sollte endlich den Anstoß zum Ausbau von Erneuerbaren geben, um den Kampf gegen den Klimawandel zu verbessern, so der frühere Chefökonom der Weltbank.

Auf Beschäftigungsebene sollte die momentane Situation für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen genützt werden. AK und ÖGB nennen etwa eine Verringerung der Vollzeitarbeitszeit oder die Einführung einer Vier-Tage-Woche. Das erhöht die Arbeitszufriedenheit und -produktivität, wie mehrere Unternehmen bereits in der Praxis gezeigt haben. So könnte auch die unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie besser verteilt, und durch weniger Pendelverkehr könnten die Emissionen verringert werden.

Lohnuntergrenze 2.000 Euro

Eine wichtige Rolle werden wohl die laufenden Kollektivvertragsverhandlungen spielen. „Es ist inakzeptabel, dass die Arbeitnehmer:innen für die gesamte Teuerungswelle aufkommen müssen", so Bettina Csoka, Referentin für Einkommensverteilung und Arbeitszeitpolitik in der AK Oberösterreich. Ein wichtiger Schritt wäre die Erreichung des neuen gewerkschaftlichen Mindestlohn- und Gehaltsziels einer kollektivvertraglichen Lohnuntergrenze von 2.000 Euro brutto in allen Branchen.

Der sozial-ökologische Umbau wird letztlich nur grenzüberschreitend sinnvoll sein. Deshalb braucht es eine neuerliche Reform der veralteten EU-Verträge. „Die Deregulierung der Märkte, Privatisierungswellen, die Orientierung am Shareholder-Value sowie Steuerwettbewerb und -sümpfe in der EU ab den 1980er-Jahren haben die Ungleichheit stark steigen lassen", unterstreicht Lukas Oberndorfer, Europarechts- und Binnenmarktexperte in der AK Wien. „Die Wirtschaftspolitik der Union muss demokratisiert werden und Wohlstand und Wohlergehen in den Mittelpunkt rücken", indem etwa auch in der Daseinsvorsorge die positive Rolle des öffentlichen Eigentums gestärkt wird. ◗

Wie sozial ist Mobilität?

Das bewegt uns jetzt: Fast nichts verkörperte Freiheit in den letzten Jahrzehnten so sehr wie das eigene Auto. Es ist aber ein Konsumgut – und Mobilität hat immer ihren Preis.

TEXT GEORG SANDER

Das Privatauto vor der Haustür wird in ein paar Jahren wie aus der Zeit gefallen wirken – dabei stand es lange für die Freiheit, sich überall hinbewegen zu können, und somit für persönlichen Wohlstand. Angesichts der Klimakrise wird es aber ersetzt werden müssen. Eine Schlüsselrolle hat dabei der öffentliche Verkehr. „Mobilität trägt zur Freiheit bei", weiß Roman Hebenstreit, Vorsitzender der Gewerkschaft vida, die die Interessen der allermeisten Bediensteten in den Verkehrsbranchen vertritt. Diese Freiheit müsse auch über das Zurücklegen von täglichen Wegen hinausreichen: „Mobil zu sein, heißt, mich nicht von einem Arbeitgeber ausbeuten lassen zu müssen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Ich habe Wahlfreiheit, kann pendeln, mich etwa in einer anderen Stadt aus- und weiterbilden. Es geht darum, dass Mobilität sozial, leistbar und qualitativ hochwertig sein muss."

Automatisch selbstverständlich

„Autonutzung wird als Selbstverständlichkeit angesehen", stellt Heinz Högelsberger, Umweltexperte der Arbeiterkammer Wien, klar. Er forscht unter anderem zum Themenkomplex Wohlstand und Mobilität.

Letztere hänge sehr stark vom sozialen Status ab: „Fast die Hälfte des ärmsten Viertels aller Haushalte hat überhaupt kein Auto." Er gibt zudem zu bedenken: „Wir legen aber wie unsere Großeltern im Schnitt dreieinhalb Wege pro Tag zurück – Schule, Arbeit, Einkauf usw. Nur werden diese immer länger." Aber: 40 Prozent der Autofahrten sind kürzer als fünf Kilometer, im Schnitt sitzen 1,2 Personen im PKW. Es muss mehr Bahn gefahren werden, und das passiert auch.

„In den vergangenen Jahren haben sich etwa die S-Bahnen großer Beliebtheit erfreut", weiß Daniel Pinka, bei den Bundesbahnen in der Kommunikation im Bereich Infrastruktur tätig. Auch die Regionalbahnen hätten sich positiv entwickelt. Daher investiere die ÖBB, denn die akute Klimakrise werde noch mehr Fahrgäste zum Umstieg motivieren: „Vor allem zu Spitzenzeiten ist die Kapazität in neuralgischen Streckenabschnitten bereits ausgelastet." Die Schienenkapazität soll bis 2040 verdoppelt werden.

Für die Gewerkschaft ist klar: Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes für den öffentlichen Verkehr. Herzstück müsse ein weiter ausgebautes Bahn- und Busnetz mit verbesserten Angeboten sein. Die „Öffis" müssen miteinander österreichweit gut vertaktet sein. Daneben braucht es mehr Radwege, mehr sichere Radabstellplätze an Bahnhöfen und Stationen sowie ein ausgebautes Angebot mit E-Rollern und Sammeltaxis. Ein zielführender Versuch in diese Richtung ist etwa das ÖBB-Mobilitätskonzept 360°. Ziel ist es, zukünftig komplett auf das eigene Auto verzichten zu können. Die Fahrgäste sollen so auch auf der ersten und letzten Meile befördert werden.

Klimaziele ausgebremst

„Im Verkehrssektor verfehlen wir klar die Klimaziele", meint Högelsberger. Muss das Autofahren also teurer werden? „Wirklich Wohlhabende können sich jeden Preis leisten", sagt er. „Eine Teuerung trifft Einkommensschwache." Wenn aber niemand mehr mit dem Auto in die Innenstadt dürfte, wenn Autofahren dank Tempo 30 im innerstädtischen Bereich unattraktiv würde, träfe das auf den SUV-Fahrer genauso zu, wie auf den, der einen Kleinwagen hat. Leider sei man beim Auto „nicht rational. 40 Prozent der Autobesitzer geben ihrem fahrbaren Untersatz einen Kosenamen. Das Bundesland mit dem höchsten Radanteil ist das gebirgige Vorarlberg". Seine Diagnose: „Argumente helfen wenig gegen Gefühle und Gewohnheiten."

„Mobil zu sein, heißt, mich nicht von einem Arbeitgeber ausbeuten lassen zu müssen", so Roman Hebenstreit, Vorsitzender vida.

Hinsichtlich Klimafit spielt auch der Güterverkehr eine Rolle, wo es um Euros, nicht um Gefühle geht. „Der LKW gewinnt wegen der unfairen Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße immer", erklärt Hebenstreit. Die Bahn müsse – um nur ein Beispiel zu nennen – Schienenmaut oder Standgebühren zahlen, „eine flächendeckende LKW-Maut gibt es hingegen nicht. Staukosten, Unfall- und Umweltkosten werden überwiegend vom Individualverkehr und nicht vom Hauptverursacher getragen", so Högelsberger. Es braucht also auch mehr Güter auf der Schiene. Ohne Quersubventionen wäre der LKW-Verkehr wohl auch teurer.

Ein durchschnittlich großes Auto kostet laut ÖAMTC real zwischen 400 und 500 Euro im Monat, das Klimaticket keine 100 Euro. Gemeinden, Länder und der Bund müssen diese Rechnung auch mit Investitionen von den Köpfen in die Herzen bringen.

Soziale Mobilität

Dank des in den 2000er-Jahren eingeführten Konzeptes des ÖBB-Rahmenplans für den Ausbau des öffentlichen Eisenbahnnetzes tut sich einiges. Was auf so manchen Strecken schon gut funktioniert, wird sich in ein paar Jahren auch auf anderen Strecken bewähren. Um das zu fördern, brauche es neben Geboten auch Verbote. Im Privat- und Güterverkehr sind das beispielweise Fahrverbote, Tempolimits und keine Flächenwidmung von Gewerbegebieten ohne Gleisanbindung.

Für die neue soziale Mobilität ist die Verbindung von Bahn, Bus und Mobilitätsangeboten sowie eine ordentliche Infrastruktur notwendig. Das ist nachhaltiger und schafft zudem Arbeitsplätze. „Es braucht Mut und Gestaltungswillen durch die öffentliche Hand", erklärt Hebenstreit. Öffentlicher Verkehr und somit soziale Mobilität funktioniere eben nicht nach einer herkömmlichen Marktlogik. Es ist ein großes Angebot nötig, um die Nachfrage zu pushen. Das geht – wenn man es politisch umsetzen will. ◗

Eine Frage der Macht

Thomas Piketty, kritischer Ökonom und Bestsellerautor, erklärte 2020 in seinem Interview „über die Ideologie des Kapitals", warum er den Ausbau des Sozialstaats für die einzige Chance hält, den Interessen der vielen mehr Gehör zu verschaffen.

TEXT BRIGITTE PELLAR

In seinem Interview aus dem ersten Jahr der Coronapandemie hob Thomas Piketty entschieden den Beitrag der Arbeiter:innenbewegung, vor allem auch der Gewerkschaften, für die Entwicklung des Sozialstaats im 20. Jahrhundert hervor:

„Es gab massive Änderungen in den Strukturen, was Armut und Ungleichheit angeht, vor allem nach 1945, besonders weil Gruppen und Bewegungen wie zum Beispiel die sozialdemokratischen Parteien, die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und so weiter schon im 19., manche bereits im 18. Jahrhundert begonnen hatten, diese Prozesse in Gang zu setzen.

Ich nenne (...) Beispiele für eine ganze Reihe progressiver Steuerungssysteme, schon in der Französischen Revolution. Und diese progressiven Steuerungssysteme – wie Sozialversicherung und kostenlose Bildung für alle – waren Aktionsplattformen, die zum Beispiel von der Gewerkschaftsbewegung massiv genutzt und weitergetragen wurden. Es gab dann Veränderungsprozesse, die nicht nur mit den schweren Traumata zweier Weltkriege zu tun hatten, die Europa erlebte. Es gab enorme Ungleichheit, nicht nur innerhalb der europäischen Gesellschaften vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, sondern es gab auch zwischen den einzelnen Ländern massive Unterschiede. Es war die internationale Dimension, die die Anhäufung von Besitz und Reichtum ins Zentrum der Debatte rückte."

Der Sozialstaat konnte nach 1945 zum Erfolgsmodell werden, so Piketty, weil er nicht erst erfunden werden musste und weil die politische Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überdeutlich gezeigt hatte, dass er die einzige sichere Basis für eine stabile Demokratie ist.

„Das Marktsystem wurde mit der Hoffnung auf eine mögliche Selbstregulierung eingeführt. Und nach 1945 ging man dann hin und regulierte die Märkte wieder. Man verstaatlichte ganze Sektoren, implementierte ein Gesundheitssystem, ein Sozialver-

„Glaubensbekenntnis des Turbokapitalismus" bei einer Gewerkschaftsdemonstration vor der Wirtschaftskammer in Wien in den 2000er-Jahren.

© ÖGB

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian 2019 zu „100 Jahre Betriebsrätegesetz". Mitbestimmung ist die Basis für den demokratischen Sozialstaat.

Logo der ÖGB-Aktion zur Verteidigung und für den Ausbau des Sozialstaats 2012

sicherungssystem und ein Rentensystem. Es gab eine sehr hohe progressive Besteuerung auf Vermögen und Einkommen, zum Beispiel in den USA. Heute sehen wir die USA eher als Steuerparadies für Milliardäre. (...) Die amerikanische Sichtweise jener Zeit war Teil des Demokratisierungspaketes, das die USA nach Europa und, vor allen Dingen, nach Deutschland bringen wollten.

Die Idee war, einen Staat zu haben, der reich genug ist, und damit stark genug, die Demokratie zu wahren. Denken wir an Deutschland in den 1950er-Jahren, an die Mitbestimmungsgesetze, die damals verabschiedet wurden. (...) In Großbritannien und Frankreich ist das anders. Die Aktionäre dort wollen noch heute nichts von Mitbestimmung wissen. (...) Das heißt, wir haben hier auch ein ganz spezifisches Verständnis von Eigentum, das bis heute fortwirkt.

© ÖGB

„Die Idee war, einen Staat zu haben, der reich genug ist, und damit stark genug, die Demokratie zu wahren. (...) Diese Agenda müssen wir fortschreiben."

Thomas Piketty über den Sozialstaat nach 1945

Gleichzeitig sind es die Erfahrungen der Vergangenheit, aus denen wir lernen können. Wir blicken zurück in das 20. Jahrhundert, wir sehen die Steuerprogression, öffentliche Bildung, Mitbestimmung und so weiter. Und diese Agenda müssen wir fortschreiben."

Der politische Bruch mit dem Sozialstaat ab den 1980er-Jahren war nach Pikettys Einschätzung nur möglich, weil seine Befürworter:innen den Grundsatz der internationalen Solidarität bei seinem Aufbau missachteten, während sich das Kapital immer globaler vernetzte. Wenn das erkannt und die Konsequenz daraus gezogen werde, sei eine gerechtere Verteilung des Reichtums und damit des Einflusses auf die Politik aber durchaus erreichbar: „Wir müssen verstehen, warum sie zwischen 1980 und 1990 gestoppt wurde. Wenn uns klarer wird, warum es diesen Bruch gab, wird uns auch klarer werden, wie es weitergehen kann.

„(...) in dem System oder der Ordnung, die ich vorschlage (...) hätten wir eine spezifische Besteuerung und ein System, in dem Menschen, die heute null bekommen, (...) vielleicht 60 Prozent der Menschen, 120.000 Euro bekommen würden. (...) In jedem Fall hätten sie alle eine bessere, stärkere Verhandlungsposition. (...) Also: Zugang zu Bildung, Zugang zu Gesundheit – das ist ganz wichtig, das ist die Basis. Darüber hinaus muss es das geben, was wir gerade besprochen haben. Nur das allein macht eine Veränderung des Machtgleichgewichts möglich." ◗

Die soziale Frage spitzt sich zu

SILVIA HRUŠKA-FRANK
DIREKTORIN DER AK WIEN

© Johannes Zinner

Es ist nicht mehr zu übersehen: Die Verteilungsschieflagen haben unerträgliche Ausmaße angenommen. Auf der einen Seite besitzen die oberen 5 % rund 55 % des Vermögens, während die untere Hälfte keine oder kaum Reserven hat. Viele benötigten jetzt aber einen „Puffer", weil ihnen die enorme Teuerung den ohnedies geringen finanziellen Spielraum im Leben genommen hat.

Die guten KV-Abschlüsse werden zum Teil Linderung in dieser angespannten Situation bringen können. Aber was fehlt, ist offensichtlich: Es gibt seitens der Bundesregierung keine Gesamtstrategie, wie man mit den Rückschritten in elementaren Bereichen – von steigender Armut, neuen Spaltungslinien in der Gesellschaft bis zum gestiegenen Druck in der Arbeitswelt durch die Einführung des 12-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche – umgeht.

In der Zeit der oft gefühlten Orientierungslosigkeit der politischen Eliten gibt es aber Abhilfe: So stellt der fünfte AK-Wohlstandsbericht sicher, dass wichtige Aspekte für ein gutes Leben – wie Gesundheit, Bildung, Gleichstellung, Verteilungsgerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit – nicht aus den Augen verloren werden, und er ist eine gute „Landkarte", die ausschließlich dem Fortschritt für die vielen verpflichtet ist.

Es muss auch allen klar sein: Wenn wir die Beseitigung der unzähligen sozialen Schieflagen heute nicht angehen, dann werden wir morgen und übermorgen merken, dass wir zwar auf Zeit gespielt haben, das gute Leben und den sozialen Zusammenhalt werden wir aber schändlich verspielt haben.

Ohne einen gestärkten Sozialstaat wird es keinesfalls gehen! Es braucht für alle Kinder die gleichen Chancen, Bildung darf keine Frage des Elternhauses sein. Ebenso wenig darf Pflege keine Frage des sozialen Status sein. Es braucht eine hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle Menschen. Natürlich kostet all dies Geld. Jahrzehntelang wurde der Sozialstaat über Löhne finanziert. Aber heute, da das Vermögen der privaten Haushalte 5- bis 6-mal so hoch ist wie die Löhne, kann der Sozialstaat nicht mehr länger ausschließlich über Steuern und Abgaben aus Arbeitseinkommen finanziert werden. Höhere vermögensbezogene Steuern, die ohnehin nur die Reichsten treffen würden, sind das Gebot der Stunde. Denn mehr als eine Million Euro Vermögen besitzen nur vier Prozent (!) der Haushalte. ◗

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at

Versandkostenfrei ab 30 Euro Bestellwert!

shop.oegbverlag.at

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag

Buch | e-book

Arbeitsrecht in Frage und Antwort

Thomas Kallab, Marion Chwojka, Matthias Piffl-Stammberger

Ratgeber | 2022 | 416 Seiten | EUR 36,00
ISBN 978-3-99046-614-8

Müssen bei einer Bewerbung alle früheren Tätigkeiten angeführt werden? Wann verjährt ein Urlaubsanspruch? Wann kann man aus sozialen Gründen eine Kündigung anfechten? Im Berufsleben ist jeder mit solchen Fragen konfrontiert.

Der bewährte Bestseller aus dem Ratgeberprogramm des ÖGB-Verlags gibt auf alle arbeitsrechtlichen Probleme, die im Laufe eines Berufslebens auftauchen können, eine kompetente Antwort. Die Gliederung erfolgt nach Sachgebieten, die Aufarbeitung in Form von Fragen und Antworten. Die wesentlichen gesetzlichen Änderungen insbesondere zur Arbeitszeit und Gleichstellung Arbeiter - Angestellte sind eingearbeitet.

Radikale Solidarität

Evelyn Regner, Mario Lindner (Hrsg.)

Varia | 2022 | 176 Seiten | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-468-7

„Haben wir keine anderen Probleme?“ Über Gleichstellung und Vielfalt zu reden ist oft nicht einfach. Gerade in den letzten Jahren erleben wir eine Debatte, die versucht, Identitätspolitik gegen die sozialen Fragen unserer Zeit auszuspielen. Viel zu lange hätte sich die Linke mit vermeintlichen „Orchideenthemen“ beschäftigt und dabei die „echten Probleme“ vieler Menschen ignoriert. Statt mit Feminismus, LGBTIQ-Gleichstellung oder den Rechten von Migrant*innen, solle sich fortschrittliche Politik besser ausschließlich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen – alle anderen Probleme würden sich dann schon von alleine lösen. Diesen konstruierten Widerspruch wollen wir nicht länger hinnehmen. Eine neue Bewegung von politischen Akteur*innen tritt heute an, um zu beweisen, dass soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Emanzipation nur Hand in Hand erreicht werden können. Radikale Solidarität bietet daher eine Antwort auf die Mythen rund um Identitätspolitik und erklärt mit den Stimmen einer neuen politischen Generation, warum Vielfalt immer nur eine soziale Frage sein kann!

Gratisversand in Österreich ab einem Bestellwert von 30 Euro **Hier bestellen: shop.oegbverlag.at**

Ein gutes Leben für alle

Jetzt Mitglied werden!

Die Gewerkschaft ist für dich da.

Dabei sein macht stark!

Die Gewerkschaftsbewegung hat viel erreicht. Vieles erscheint selbstverständlich, wurde in Wahrheit aber hart erkämpft:

- Sonderzahlungen wie **Urlaubs-** und **Weihnachtsgeld**,
- jährliche **Lohn-** und **Gehaltserhöhungen**,
- die Bezahlung von **Überstunden, Zulagen, Prämien**,
- **Verbesserung** deiner **Arbeitsbedingungen** – mehr **Schutz am Arbeitsplatz** oder **freie Tage**
- und **vieles mehr**.

Damit wir weiterhin erfolgreich sind, brauchen wir dich! Denn deine Gewerkschaft ist nur so stark, wie sie viele Mitglieder machen.
Mehr als 1,2 Millionen sind bereits dabei!

Werde jetzt Gewerkschaftsmitglied:

www.oegb.at/mitgliedwerden

oegb.at

ÖGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien